

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 12, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6000
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Abonnementspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Postgebühr)
2 Mk. — Polzeiungsallote Nr. 3104

Pfingsten.

Und wieder hat die Mutter Erde in verschwenderischer Pracht Blumen und Blüten hervorgezaubert. Die Natur legt ihr Festkleid an und wer nicht schon ganz abgestumpft und gernerst ist, folgt dem lockenden Ruf: Hinaus in Feld und Auen!

Die Wälder grünen und selbst die nüchternen Kiefern prangen in ihrem Maiwuchs, herzensteil streben sie empor. Auf den Wiesen aber breitet sich die herrlichste Flora aus: das bescheidene Gänseblümchen, der aufdringlich gelbe Löwenzahn, blauer Ehrenpreis und roter Klee und all die tausend verschiedenen Blumen. In den Wipfeln der Bäume erschallt der vielstimmige Massenschor der Vögel, über den Feldern trillert die Lerche, am Bache schluchzt die Nachtigall.

Wer wollte da wohl griesgrämlich bleiben?

Freilich, dem Großstadtmenschen geht der Kontakt mit der Natur nur zu leicht verloren. Jede Mietskasernen überall, Steinbauten und Asphaltstraßen, und gar erst die Höfe und Hinterhäuser, wohin die alles belebende Sonne nur für wenig Zeit des Tages dringt.

Und doch ist die Sehnsucht des Menschen zur Natur nicht geringer geworden. In Massen drängen sie an diesen Pfingsttagen hinaus ins Freie. Jeder will sich Stärkung und Frische holen für die langen arbeitsreichen Tage der Woche. Und so mancher Kollege, der in den kontinuierlichen städtischen Betrieben um diese Feiertage kommt, denkt wohl einen Augenblick daran, sich aller Arbeitsfesseln frei zu fühlen und mit hinauszuwagern im großen Menschenstrom. Dann aber gemahnt ihn die harte Arbeitspflicht an sein Schicksal und unwillkürlich wirft er die Frage auf: Muß das immer so sein? Bin ich nicht ein Mensch wie alle anderen? Warum ist mein Lohn so laß bemessen, daß ich nur zu oft am Sonn- und Feiertag mitverdienen muß, um die Existenz meiner Familie zu ermöglichen? Und die Zweifel werden stärker, weil er weiß: Es gibt so manche brachliegende Arbeitskraft, die gerne schaffen möchte!

Welch ein Widerspruch in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft: Mit der Arbeitskraft der Millionen wird ärgster Raubbau getrieben. Dem Tempo der Maschinen muß der einzelne unweigerlich folgen. Und wo die Maschine noch nicht eingesetzt hat, da sind es die bestellten Antreiber oder die Alfordarbeit, die das Arbeitstempo nach Möglichkeit zu beschleunigen suchen. Auf der anderen Seite gibt es in allen Kulturstaaten hundertaufende Arbeitsloser, deren Arbeitskraft ungenützt ist und die bei unfreiwilliger Muße in steter Sorge um den folgenden Tag sind. Endlich gibt es die kleine Schicht derer, die alle Tage Feste feiern, denen weder Kopf- noch Handarbeit begehrt erscheint und die trotzdem an einem Pfingsttage mehr für sich verwenden können, als eine Arbeiterfamilie im ganzen Jahr „verdient“.

Diesen Zuständen wollen wir zu Leibe gehen. Alle Menschen sollen freie Zeit haben, sollen sich der Natur erfreuen dürfen und der Sorgen ledig sein. Es ist keine Fata Morgana, kein Nebelgespinnst, das wir erblicken, sondern wir sind schon auf dem Wege zum Ziel. Einst frondete der Arbeiter in noch ganz anderer Weise. Dank der Selbsthilfe durch seine Organisationen

wird nun Schritt für Schritt der Weg freigemacht. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist eine solche Etappe, die Sommerferien eine weitere. Aber während der Betriebszeit 4 bis 6 Wochen feiert, muß sich der städtische Arbeiter mit ebensoviel Tagen begnügen. Und unsere Frauen kommen schon gar nicht aus dem Arbeitsjoch heraus. Die Kinder endlich sollten nicht nur von der Schule in ihren Ferien befreit sein, sondern sie gehören an die See, ins Gebirge, aufs Land. Wohl hat private Wohltätigkeit hier und da in diesem Sinne gewirkt. Wir aber fordern Rechte, nicht Wohltaten!

Wenn wir uns vom rechten Pfingstgeist leiten lassen, so muß es uns heilig ernst um die Erfüllung unserer Forderungen sein. Der große geistige Kampf, der entbrannt ist, muß noch viel stärker in Erscheinung treten. Hier die Kämpfer für Fortschritt und Freiheit, die nimmer rasten und in täglicher Aufklärungs- und Agitationsarbeit niemals erlahmen. Dort jene Gleichgültigen und Rückständigen, die ängstlich fragen: „Kann es meiner Stellung schaden?“ So scheiden sich die Geister. Und noch immer sind die letzteren in der Mehrheit! Aber schon zählen wir ein Millionenheer auf unserer Seite und die Launen und Flauen mögen in diesen Pfingsttagen in sich gehen und die kraftgeschwollene Natur auf sich wirken lassen. Da wird auch ihnen ein Pfingstevangelium aufgehen und sie werden erkennen, daß der Kampf erst das Leben wertvoll macht.

Der Geist der Rückständigkeit geht wieder durch die Lande. Unsere Herrschenden wollen keine Pfingstfreude für die Befüglosen. Entrechtung und Verschlechterung plant man allenthalben. Die Gesetzgebung wird als Instrument dazu benutzt und die Arbeiterschaft hat vollauf zu tun, in diesem Abwehrkampf Sieger zu bleiben.

Dennoch verzagen wir nicht. Wir wissen vielmehr, gegen die finsternen Feinde kämpft mit uns die fortschreitende Entwicklung. In dem Maße als es uns gelingt, alle schlummernden Kräfte für unsere Ziele zu erwecken und zu beleben, wird der Fortschritt ein allgemeiner sein. Je mehr der Pfingstgeist den einzelnen erfasst, um so mehr wird der Arbeiter erkennen: Nicht nur um materielle Dinge geht unser Kampf, sondern um all das, was das Leben wertvoll und angenehm macht, um Gleichberechtigung auf allen Gebieten, sei es im Schaffen, sei es im Genießen.

Wir fordern mehr als in früheren Zeiten gefordert wurde, wie es auch der Dichter singt:

Wir wollen Brot! Bescheidene Geschlechter begnügten sich, wenn in erregten Tagen des Aufruhrs Banner ward vorangetragen, fürs liebe Brot zu sein als wahre Fechter. Wir aber, die wir gründliche Verächter der Demut sind, wir ungekümten Schlägen, glaubt man zufrieden uns bei vollem Magen, ein lautes Lachen an, ein Hohngelächter. Wir fordern mehr. Wir ahnen, was das Leben vermag an Lust, an Glanz und Gut zu geben! Uns lockt es nicht, das Glück der fetten Herde. Wir wollen alles, was erfreut, genießen, das Reich der Kunst, des Wissens uns erschließen. Wir fordern für uns lähn die ganze Erde.

Die Forderungen der Gasarbeiter in Frankfurt a. M.

Nachdem unsere Kollegen in Frankfurt a. M. bereits in einer Versammlung am 21. April dieses Jahres beschlossen hatten, den im vorigen Jahre anlässlich des Streiks mit der Direktion der Frankfurter Gasgesellschaft abgeschlossenen Vertrag zu kündigen, wurden inzwischen in verschiedenen Sitzungen der Lohnkommission sowie der Vertrauensleute und Ausschussmitglieder die neuen Forderungen ausgearbeitet. Das Resultat dieser Vorarbeiten wurde dann der Gesamtheit der Kollegen in einer weiteren Versammlung am 15. Mai unterbreitet. Zutritt hatten nur organisierte Gasarbeiter, trotzdem war aber der große Saal des Gewerkschaftshauses bis auf den letzten Platz gefüllt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde erst noch ein Antwortschreiben der Gasdirektion, das der Verbandsleitung auf die Resolution der vorigen Versammlung zugegangen war, verlesen. Daraus ging hervor, daß die Direktion nunmehr auch beginnt, die Dinge etwas sachlicher zu beurteilen. Die Versammlung nahm davon Kenntnis. Den Bericht der Lohnkommission erstattete Kollege Marok. Er führte dazu aus, es sei das erste Mal, daß die etwa 700 Arbeiter der drei hiesigen Gaswerke sich anschlössen, gemeinsam in geschlossener Phalanx und nach einem vorbereiteten Plan der Direktion ihre Forderungen zu unterbreiten, um so ihre soziale Lage den Verhältnissen entsprechend zu verbessern. Welche Formen die Bewegung annehmen wird, könne man jetzt noch nicht wissen, wenn jedoch die Direktion einsichtig ist und Entgegenkommen zeigt, wird sich in Ruhe und Sachlichkeit eine Verständigung herbeiführen lassen. Die Forderungen enthalten allgemein nur das, was die Gasarbeiter notgedrungen haben müssen und was in anderen Gaswerken bereits vorhanden ist. Der Redner ging dann zur eingehenden Erläuterung der einzelnen Vertragspositionen über und betonte zum Schluß, daß die Kollegen nicht glauben sollen, daß es mit der Einreichung dieser Forderungen genug getan sei, sondern sie müßten kampfbereit, Gewehr bei Fuß, dahinter stehen. Auch die Fernstehenden müßten im gegenwärtigen Augenblick noch herangeholt werden, damit die Organisation eine lückenlose wird und wir in die Lage versetzt werden, das ganze Lebensniveau der Frankfurter Gasarbeiter auf eine höhere Stufe zu heben. Starke Beifall folgte seinen Ausführungen. In der darauf folgenden Diskussion traten alle Redner für die einstimmige Annahme des Vertragsentwurfs ein. Bei der Abstimmung erhob sich ein Wald von Händen, die einstimmig für die aufgestellten Forderungen votierten, was ein gutes Zeichen für die Ennützigkeit und Geschlossenheit der Gasarbeiter darstellte.

Der Vertragsentwurf hat folgenden Inhalt:

1. **Arbeitszeit.** Die tägliche Arbeitszeit beträgt für die in Tag- und Nachtschicht beschäftigten Arbeiter und die Ofenbauer 8 Stunden. Die dazwischen fallenden Pausen richten sich nach den Bedürfnissen des Betriebes. Für alle nur am Tage beschäftigten Arbeiter beträgt die tägliche Arbeitszeit 9 Stunden. Sie beginnt im Winterhalbjahr morgens 7 Uhr und endet abends 6 Uhr, im Sommerhalbjahr morgens 6 Uhr und endet abends 5 Uhr. Die täglichen Pausen betragen zum Frühstück und Vesper je 30 Minuten und mittags 1 Stunde. An den Sonnabenden und den Tagen vor gesetzlichen Feiertagen endet die Arbeitszeit unter Wegfall der Vesperpause 1 Stunde früher ohne Lohnabzug. An den Vorabenden vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten endet die Arbeitszeit um 4 Uhr nachmittags ohne Lohnabzug.

2. **Löhne.** Die Löhne richten sich nach der Art der Beschäftigung und werden für die einzelnen Kategorien pro Tag wie folgt festgesetzt:

a) Ofenarbeiter, Maschinisten und Feiger: Anfangslohn 5,60 Mark pro Schicht, nach 1 Jahr 5,80 Mk., nach 2 Jahren 6,00 Mk.; Holzschläger 5,00 Mk., nach 1 Jahr 5,20 Mk. Diejenigen Ofenarbeiter, welche bereits 5,50 Mk. haben, erhalten mit Inkrafttreten des Tarifs 5,50 Mk., die Ofenarbeiter im Werk Gutleutstraße 6,00 Mk. pro Schicht.

b) Handwerker im Innen- und Außenbetrieb, Ammontalarbeiter, Installateure, Pfisterer: Anfangslohn 4,50 Mk. pro Tag, nach 1 Jahr 4,80 Mk., nach 2 Jahren 5,00 Mk. Alle Handwerker, welche bereits 5,00 Mk. oder darüber hinaus haben, erhalten mit Inkrafttreten des Tarifs eine Zulage von 30 Pf. pro Tag.

c) Rohrleger-Heizer: Anfangslohn 4,50 Mk. pro Tag, nach 1 Jahr 4,80 Mk. Alle Heizer, welche bereits 4,80 Mk. oder darüber hinaus haben, erhalten mit Inkrafttreten des Tarifs eine Zulage von 30 Pf. pro Tag.

d) Aufnehmer: Anfangslohn 4,20 Mk. pro Tag, nach 1 Jahr 4,50 Mk. Alle Aufnehmer, die bereits 4,50 Mk. oder darüber hinaus haben, erhalten mit Inkrafttreten des Tarifs eine Zulage von 30 Pf. pro Tag.

e) Gasarbeiter, Hochbahnarbeiter, Reinigungsarbeiter, Grundarbeiter, Paternenpoker: Anfangslohn 4,20 Mk. pro Tag, nach 1 Jahr 4,40 Mk., nach 2 Jahren 4,60 Mk. Gasarbeiter, die bei Betriebsstörungen zu Ofenarbeiten verwandt werden, erhalten für diese Zeit den Anfangslohn der Ofenarbeiter. Beim Füllen und Entleeren der Reinigertästen werden pro Tag 30 Pf. Zuschlag gezahlt.

f) Kohlenarbeiter: Das Kohlenausladen und Tragen findet im Tagelohn statt. Der Lohn dafür beträgt 6,50 Mk. pro Tag. Bei nur stundenweiser Beschäftigung wird für die einzelne Stunde ein Neuntel des Tagelohnes berechnet. Die Lohnzahlung findet wöchentlich jeden Freitag während der Arbeitszeit statt.

3. **Sonn-, Feiertags-, Nacht- und Ueberstundenarbeit.** Für alle Sonn- und Feiertagsarbeiten, welche in der Zeit von nachts 12 Uhr bis wieder nachts 12 Uhr verrichtet werden müssen, werden 50 Proz. Zuschlag zum normalen Lohn gezahlt. Für Nachtarbeit, welche von außer im Schichtwechsel stehenden Arbeitern verrichtet werden muß, werden 50 Proz. Zuschlag zum normalen Lohn gezahlt. Als Nachtarbeit gilt vom 1. April bis 31. September die Zeit von abends 9 Uhr bis morgens 6 Uhr, vom 1. Oktober bis 31. März die Zeit von abends 8 Uhr bis morgens 7 Uhr. Ueberstunden werden mit 25 Proz. Zuschlag zum normalen Lohn vergütet. Als Ueberstunden gelten alle Arbeiten, welche über die normale Arbeitszeit hinaus im Sommerhalbjahr bis abends 9 Uhr, im Winterhalbjahr bis abends 8 Uhr zu verrichten sind.

4. **Sommerurlaub.** Zur Erholung erhalten die Arbeiter, sofern sie 1 Jahr im Betrieb beschäftigt sind, jährlich einen Urlaub ohne Lohnabzug. Als Zeit für die Urlaubsberechnung gilt das Sommerhalbjahr vom 1. April bis 31. September. Den Urlaub erhalten auch die Arbeiter, welche erst im Laufe des Sommerhalbjahres das 1. Dienstjahr vollendet haben. Der Urlaub beträgt: für die Tagarbeiter nach 1 Jahr 4 Tage, nach 2 Jahren 6 Tage, nach 3 Jahren 8 Tage, für die Schichtarbeiter nach 1 Jahr 7 Tage, nach 2 Jahren 9 Tage, nach 3 Jahren 12 Tage.

5. **Anwendung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches.** Bei Krankheiten zahlt die Frankfurter Gasgesellschaft den Differenzbetrag zwischen dem Krankengeld und der Höhe der Lohnklasse, in welcher der Arbeiter in der Krankenkasse angemeldet ist. Bei militärischen Leistungen wird die Differenz zwischen dem Lohn und der reichsgesetzlichen Unterstützung auf die Dauer von 14 Tagen gezahlt. Bei Kontrollversammlungen wird der Lohn bis zur Dauer von 8 Stunden weitergezahlt.

6. **Besondere Beurlaubung.** Bei schweren Erkrankungen, Geburten und Todesfällen in der Familie können die Verwaltungen der einzelnen Werke Urlaub bis zu 1 Tag unter Fortzahlung des Lohnes gewähren.

7. **Lösung des Arbeitsverhältnisses.** Jeder neu eingestellte Arbeiter hat zunächst eine Probezeit von 14 Tagen zurückzulegen. Nach Ablauf der ersten 14 Tage tritt für beide Teile eine Kündigungsfrist von 14 Tagen ein.

8. **Vertragsdauer.** Obige Vereinbarungen treten mit dem 1. Juli 1911 in Kraft und gelten bis zum 30. Juni 1913. Wird der Vertrag nicht 1 Monat vor Ablauf der Vertragsfrist von einer der vertragschließenden Parteien gekündigt, so läuft derselbe stillschweigend 1 Jahr weiter.

Dieser Vertragsentwurf wurde dann am 19. Mai samt der Kündigung der Direktion zugestellt, nachdem auch die Nachtschicht aller drei Werke noch am nächsten Vormittag dazu Stellung genommen hatte. Auch die Direktion konnte schon nicht mehr erwarten, bis ihr die Forderungen bekannt wurden und hat daher schon versucht, von den Mitgleitern der Arbeiterausschüsse etwas zu erfahren. Bei dieser Gelegenheit konnte es auch der Herr Direktor Drosch nicht unterlassen, die Arbeiter mit der einen Hand zu streicheln und ihnen zugleich mit der anderen zu drohen. Die Gasarbeiter werden sich aber weder durch Schmeicheleien noch durch Drohungen von dem, was sie für richtig erkannt haben, abbringen lassen, denn auf solche Weise läßt sich eine gewerkschaftlich geschulte Arbeiterschaft nicht bange machen. Weit besser ist es aber auch für die Gasdirektion, wenn sie ihr Verhalten den Forderungen gegenüber so einrichtet, daß die Arbeiter damit zufrieden sein können, dann wird eine Verständigung nicht schwer fallen.

R. M.

Lohnbewegung der Friedhofsarbeiter in Ohlsdorf bei Hamburg.

In ein ernstes Stadium ist die Lohnbewegung der auf dem vielerorts bekannten und berühmten Hamburger Friedhof in Ohlsdorf beschäftigten und der Friedhofsverwaltung unterstellten Arbeiter gerückt. Bereits gegen Ende des Jahres 1910 stellten die

Arbeiter durch den Arbeiterausschuß Anträge auf Erhöhung des Anfangslohnes und Einführung von Wochenlöhnen, wie solche in den meisten hamburgischen Betrieben bereits bestehen.

Im März dieses Jahres wurden diese Anträge erneut eingereicht und erfolgte nunmehr die Antwort der Friedhofsdeputation. Diese Antwort, die dem Arbeiterausschuß nur mündlich durch den Direktor erteilt wurde, war kurz und bündig, das heißt, es wurden beide Anträge rundweg abgelehnt. Daß die so behandelten Arbeiter infolge einer solchen Erledigung ihrer Anträge nicht „Halleluja“ sangen, ist begreiflich.

In der Versammlung, in welcher der Arbeiterausschuß über die ohne jegliche Begründung erteilte Antwort der Deputation offiziell berichtete, kam denn auch die Meinung der Arbeiter ungeschminkt zum Ausdruck. Bezogen doch bereits im März dieses Jahres nach einer ausgenommenen Lohnstatistik von 175 Arbeitern allein 79 nur 4 Mk. Lohn pro Tag. Jetzt ist diese Zahl um mindestens 40 gestiegen, so daß von den insgesamt dort Beschäftigten 240 Personen gut die Hälfte für einen Tagelohn von 4 Mk. arbeitet. Was ein solcher Lohnsatz in Hamburg bedeutet, braucht hier nicht erörtert zu werden. Ausgenommen zirka 10 Handwerker und Vorarbeiter, die 5 bis 5,50 Mk. pro Tag verdienen, steht der übrige bleibende Teil im Lohnsatz von 4,10 bis 4,30 Mk. Auch dies scheint die Friedhofsdeputation nicht zu kümmern. „Es sind ja nur Arbeiter“, wird sie wahrscheinlich gedacht haben, und einen Arbeiterbauch kann man durch Engerschnallen des Hungerriemens am besten beruhigen. Beamtenbäuche eignen sich, wie es scheint, nicht zu solchen Experimenten. Deshalb wurde diesen, was wir ihnen ja gerne gönnen, ein Teil der geplanten Gehaltszulage bereits als Teuerungsvorschuß ausgezahlt. Wer will es aber den Arbeitern verdenken, wenn diese den Gedankengang der Friedhofsdeputation nicht in seiner ganzen „Erhabenheit“ zu fassen vermögen und in berechtigter Notwehr folgende Resolution faßten:

„Die am 26. Mai 1911 im Lokale des Herrn Rüdert in Ohlsdorf tagende Friedhofsarbeiter-Versammlung erklärt zu dem Bericht des Arbeiterausschusses, betreffend die Mitteilung der Direktion, die Friedhofsdeputation habe die Anträge auf Erhöhung des Anfangslohnes und Einführung von Wochenlöhnen abgelehnt: 1. Nachdem die Arbeiterschaft die in Rede stehenden, zuerst im November 1910 gestellten Anträge auf Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse Ende Dezember 1910 zurücknahm, um sie im März 1911 wieder einzubringen und dadurch der Friedhofsdeputation ihre Entschliebung über diese Anträge zu erleichtern, die Friedhofsdeputation aber dennoch nunmehr einen rundweg ablehnenden Bescheid erteilt, sieht sich die Arbeiterschaft in ihrem Vertrauen zu der Behörde schande getaucht und genarrt. 2. In der Ablehnung einer — noch dazu von der Arbeiterschaft vertrauensvoll in das Ermessen der Behörde gestellten — Aufbesserung des auf 4.— Mk. täglich bemessenen, für die ersten zwei Jahre der Beschäftigung geltenden Einstellungslöhnes erkennt die Arbeiterschaft den unerklärlichen Standpunkt der Behörde, daß die Arbeiterschaft grundsätzlich anders in der Lohnfrage behandelt werden soll, wie die Beamtenchaft, der schon wieder die Gehälter in allen Gehaltsklassen und Gehaltsstufen erhöht werden sollen, worauf bereits im Oktober 1910 eine Abschlagszahlung als Teuerungszulage gegeben wurde; und in der Verweigerung von Wochenlöhnen nach dem Muster der letzteren bei der Deputation, der Deputation für das Beleuchtungswesen und der Deputation für die Stadtwasserleitung erblickt die Friedhofsarbeiterschaft für sich eine beleidigende Geringschätzung ihrer Tätigkeit und in dieser Behandlung die Herabwürdigung zu Paria der Staatsarbeiterschaft. 3. Die abermalige Abweisung der fraglichen Anträge ohne Angabe von Gründen und ohne daß mit dem Arbeiterausschuß darüber verhandelt wurde, zwingt die Friedhofsarbeiterschaft zu der Erkenntnis, daß sie selbst in ihrer Allgemeinheit, sowie auch der Arbeiterausschuß als ihre berufene Vertretung nur ausschließlich als Objekte für die Behörde in Frage kommen. — Die Arbeiterschaft bedauert die angesprochene Entschliebung der Behörde. Die Arbeiterschaft ist dadurch vor die Frage gestellt, in Anbetracht der Notwendigkeit einer Verbesserung ihrer materiellen Lage, sowie ferner um ihrer Ehre willen mit Repressalien gegen die Behörde antworten zu müssen. Die Verantwortung für die Folgen trägt den Friedhofsinteressenten gegenüber die Behörde allein! Die Geschäftsleitung des Verbandes der Staats- und Gemeindearbeiter wird beauftragt, die ihr im Interesse der Friedhofsarbeiterschaft notwendig erscheinenden Maßnahmen einzuleiten. Die Friedhofsarbeiterschaft erklärt sich hiermit im Prinzip für den Streik. Sämtliche Arbeiter und Angestellte der Friedhofsverwaltung verpflichten sich, auf Verlangen der Verbandsleitung die Arbeit gemeinschaftlich einzustellen.“

Die in Kündigung stehenden Arbeiter stellten der Verbandsleitung ihre Kündigung zur freien Verfügung, und alle übrigen

verpflichteten sich freiwillig, während der Dauer der Lohnbewegung kein Kündigungsverhältnis einzugehen.

Die Friedhofsarbeiter stehen fertig zum Marschieren und warten nur auf die Parole der Verbandsleitung. Jetzt hat die Friedhofsdeputation das Wort, aus ihrer weiteren Stellungnahme wird sich ergeben, welchen Weg die Friedhofsarbeiter einschlagen müssen, um eine Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse zu erreichen.

Die Filiale Groß-Berlin im Jahre 1910.

I.

Der Jahresbericht der Filiale Groß-Berlin für 1910 ist kürzlich im Druck erschienen und umfaßt 156 Großkollab-Seiten. Neben der eingehenden Schilderung der Gesamtbewegung des Vorjahres enthält er eine Fülle von Material über die Groß-Berliner Arbeitsverhältnisse in städtischen Betrieben. Nachstehend geben wir einiges über die Hauptvorgänge aus dem Berichte wieder.

Es ist eine leidige Tatsache, an der nicht gedeult werden kann, daß es in Groß-Berlin gerade die Hauptstadt selbst ist, die unserer Bewegung mit bleierner Schwere anhängt und äußerst hemmend wirkt. Jeder Zollbreit Boden muß mit Zähigkeit und Ausdauer schwer erlämpft werden. Alle Anstrengungen haben es bisher nicht vermocht, eine gesunde und gerechte Basis für die verworrenen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter zu schaffen. Das, was in anderen Großstädten und mehreren Berliner Vororten bereits besteht, eine allgemeine Arbeitsordnung für alle Verwaltungen und Betriebe, findet in Berlin selbst hartnäckigen Widerstand, den man mit den halbschönen Behauptungen begründet. Alles, was bisher erreicht wurde, ist Stüdwert geblieben, wenn der einzelne Erfolg mitunter auch noch so erfreulich war. So konnte in dem Ringen um die Verkürzung der Arbeitszeit im vorigen Jahre wohl wieder ein kleiner Fortschritt verzeichnet werden, indem in den Außenbetrieben der Gas- und Wasserwerke, den Markthallen und der Tiefbaubehörde der Neunstundentag zur Durchführung kam. Aber immer noch steht in diesem Punkte eine Reihe von Betrieben aus, so die Kanalisationswerke, die Park- und Garten- und die Hochbaubehörde, die Volkshausanstalten, die Pflegeanstalten. Ohne irgendwie zu übertreiben, darf man sagen, daß in Berlin in der Arbeiterpolitik die reinste Anarchie herrscht.

Die Entlohnung ist das traurigste Kapitel städtischer Kommunalpolitik in Berlin. Ein schlimmeres Durcheinander kann es schlechthin nicht geben, als die sogenannte Lohnregelung in den stadtberlinischen Betrieben. Zwar hat der Oberbürgermeister bei der Etatsberatung in der Stadtverordnetenversammlung zugegeben, daß die Lohnsätze am besten von der Zentralbehörde aus, dem Magistrat also, geregelt werden; aber wiederum ist dieser Theorie nicht die Praxis angefügt worden; obwohl unsere Forderungen in den letzten Jahren die Unterlagen dafür boten. Die Anträge der Berliner Gesamtkollegenschaft zum Etat 1910/11 waren besonders auf diesen Zweck zugeschnitten.

Obwohl also mit solchen schon wiederholt unterbreiteten Vorschlägen bei einigem guten Willen ein gutes Lohnsystem schon längst möglich gewesen wäre, blieb es bei der durch immer neue „Regelungen“ im Laufe der Jahre zum Chaos gewordenen Regellosigkeit und Anarchie. Jede Verwaltung wurselt danach auf eigene Faust weiter. Nach dem alten Ehrendrian macht sich jede derselben ihre „Grundsätze“ — soweit man von solchen sprechen kann — zurecht und zählt Stunden- oder Tage- oder Wochenlohn oder — führt gleich alle diese Entlohnungsmethoden zusammen durch, wie zum Beispiel in den Gaswerken und auf dem Vieh- und Schlachthof, ohne daß die geringste Notwendigkeit für die Verschiedenartigkeit vorliegt.

Mit den gesetzlichen Feiertagen liegt es ebenso: einige Betriebsverwaltungen zahlen sie, andere tun es nicht. Trotz einer vorhandenen Verfügung des Magistrats, welche für Ueberstundenarbeit einen Aufschlag von 25 Proz. für Sonn- und Feiertagsarbeit einen solchen von 50 Proz. anordnet, wird hierin ganz willkürlich verfahren und teils ganz miserabel, teils gar nichts für Ueberarbeit gezahlt. Lohnskalen bestehen in einigen Verwaltungen überhaupt noch nicht, die vorhandenen aber lassen an Punctualität nichts zu wünschen übrig, indem sie sich auf 2, auf 6, 9, 12 Jahre und so weiter ad libitum bis auf 24 Jahre ausdehnen.

Zu welchen unhaltbaren Zuständen und Ungerechtigkeiten derartige Ziel- und Planlosigkeit in der Lohnfrage führen müssen, dafür mögen ein paar Beispiele dienen. Ein Vergleich der Löhne resp. Einkommen der ungelernten Arbeiter verschiedener Verwal-

tungen ergibt, unter Berücksichtigung der regelmäßig üblichen Sonn- und Feiertagsstunden, folgendes Bild:

	Gasarbeiter		Markthallenarb.		Straßenreiniger		Kanalarbeiter	
	pro Woche	pro Jahr	pro Woche	pro Jahr	pro Woche	pro Jahr	pro Woche	pro Jahr
Anfangslohn	25,50	1320,—	26,25	1368,75	27,30	1423,50	27,80	1423,50
Nach 2 Jahr.	26,58	1382,16	—	—	—	—	—	—
3	—	—	28,—	1400,—	29,05	1514,75	29,05	1514,75
6	—	—	29,75	1551,25	30,80	1606,—	30,80	1606,—
9	—	—	31,50	1642,50	32,55	1697,25	32,55	1697,25

Eine Erklärung gibt es dafür um so weniger, wenn man die Durchschnittsarbeitsstundenzahl pro Jahr in Parallele zieht: Straßenreiniger 2772, Gasarbeiter 2912, Kanal- und Markthallenarbeiter 2900 Stunden.

Die gleiche unbillige Verschiedenartigkeit zeigen die Löhne der Handwerker in den verschiedenen städtischen Verwaltungen. In nachstehender Tabelle tritt das klar zutage. Es zahlen pro Tag:

	Gas- anstalten öffentl. Bau- magazin	Reber- inspektionen		Verf. der Wasser- werke	Straßen- reinigung		Markthallen	
		Schloß	Schmiede- führer		ohne i. mit Einrechnung d. vollbezahlt Sonntagsarb.	ohne i. mit Einrechnung d. vollbezahlt Sonntagsarb.	ohne i. mit Einrechnung d. vollbezahlt Sonntagsarb.	ohne i. mit Einrechnung d. vollbezahlt Sonntagsarb.
Anfangslohn	4,50	4,50	4,68	5,04	4,50	4,84	4,50	4,71
Nach 2 Jahr.	4,68	4,68	4,96	—	—	—	—	—
3	—	—	—	5,68	4,75	5,12	5,—	5,28
6	4,86	4,86	5,22	—	—	—	—	—
9	5,04	5,04	5,40	5,76	5,—	5,39	5,50	5,76
12	5,22	5,22	5,58	—	—	—	—	—
15	—	—	—	5,85	5,25	5,66	6,—	6,20
18	5,40	5,46	5,85	—	—	—	—	—
21	5,58	5,58	6,12	6,08	5,50	5,93	—	—
24	5,76	—	—	—	—	—	—	—
27	—	—	—	6,80	—	—	—	—
30	5,94	—	—	—	—	—	—	—
33	6,12	—	—	—	—	—	—	—
36	6,30	—	—	—	—	—	—	—

Die Zahlen in der zweiten Spalte der Straßenreinigung und Markthallen sind ermittelt unter vergleichsweiser Berücksichtigung der regelmäßig zu leistenden Sonntagsarbeit in diesen Verwaltungen und in den Gaswerken. Die Straßenreiniger arbeiten Sonntags 3, die Markthallenarbeiter 5 Stunden, beide Gruppen erhalten aber den vollen Tagelohn bezahlt. In den Gaswerken wird gleich lange Sonntagsarbeit nur mit einem Stundenlohn extra entschädigt. Der Mehrlohn an Sonntagszuschlag der Straßenreinigungs- und Markthallenarbeiter gegenüber den Gasarbeitern auf 7 Tage verteilt, ergibt die Tagelohnsätze in den beiden besprochenen Spalten der Tabelle und macht die Differenz der gegenübergestellten Gruppen noch größer.

In der Frage des Sommerurlaubs ist neben Stillstand und Ruchständigkeit gleichfalls Zerfahrenheit Trumpf. Der Magistrat gibt eine Urlaubsordnung heraus — die Betriebsverwaltungen, voran die der Gaswerke natürlich, pfeifen darauf und enthalten den Handwerkern den diesen zugestandenen längeren Urlaub vor. Und so weiter!

In Ansehung dieser Verhältnisse waren die im Herbst 1909 eingereichten und eine gerechte Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse anstrengenden Forderungen eine Notwendigkeit.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1910.

II. Die Tätigkeit der Gewerkschaftskartelle.

Die im Jahre 1910 stattgefundenen umfangreichen wirtschaftlichen Kämpfe werden zu der günstigen Entwidlung der freien Gewerkschaften wesentlich beigetragen haben. Doch wurde auch von den Zentralverbänden die eingetretene bessere wirtschaftliche Konjunktur zu einer regen Agitation ausgenutzt. Die Unterstützung einer solchen Agitation auf örtlichem Gebiete ist eine der ersten Aufgaben der Kartelle. Sie kommt namentlich dann in Frage, wenn es gilt, für die Arbeiter eines Berufes, für die am Ort noch kein Zweigverein besteht, einen gewerkschaftlichen Zusammenschluß herbeizuführen, was selbstverständlich nur in Verbindung mit den maßgebenden Instanzen des zuständigen Zentralverbandes geschehen kann. Ist es dann zu der Neugründung eines Zweigvereins gekommen, so erwächst dem Kartell die weitere Aufgabe, demselben so lange treulich zur Seite zu stehen, bis er in sich völlig gefestigt ist.

Die Erfüllung dieser Pflichten erfordert häufig die Veranstaltung besonderer Versammlungen für die einzelnen Berufe seitens der Kartelle; es belief sich deren Zahl im Jahre 1910 auf insgesamt 1248. Außerdem fanden noch 2500 allgemeine Ver-

sammlungen statt, die den gemeinsamen Aktionen aller Gewerkschaftsmitglieder am Orte dienten.

In 86 Orten wurden keine Versammlungen abgehalten, doch ist in vielen Fällen diese Unterlassung auf Falschmangel zurückzuführen.

Dass man mit dem schöfflichen Mittel der „Saalabtreiber“ noch immer versucht, der Arbeiterbewegung Abbruch zu tun, geht aus der Tatsache hervor, daß im Jahre 1910 57 Kartelle eigene Versammlungsräume unterhielten (1909: 48). Größer noch dürfte aber die Zahl der Orte sein, wo den Gewerkschaften überhaupt keine ausreichenden Lokalitäten zur Abhaltung von Versammlungen zur Verfügung stehen. In solchen Orten erwächst den Gewerkschaftsmitgliedern die Pflicht, diesen koalitionsfeindlichen Bestrebungen in einem ausdauernden, planmäßigen Kampfe entgegenzuwirken.

Die Zahl der Arbeiterinnen-Agitationskommissionen ist von 29 auf 25 zurückgegangen, dagegen ist die Zahl der weiblichen Vertrauenspersonen bedeutend gestiegen, und zwar von 48 auf 80. Die Einsetzung weiblicher Vertrauenspersonen ist besonders angebracht, damit die Lohnarbeiterinnen Gelegenheit haben, ohne Scheu über anstößige Behandlung seitens der Arbeitgeber oder Vorgesetzter Beschwerde führen zu können.

Von 128 Kartellen wurden zusammen 183 statistische Erhebungen veranstaltet. In 9 Fällen erstreckten sich dieselben auf die Feststellung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, in 42 Fällen wurde der Grad der Arbeitslosigkeit ermittelt und 82 Erhebungen dienten sonstigen Zwecken. 1909 fanden 171 statistische Erhebungen statt. Der Ausfall an Erhebungen wurde durch die geringere Zahl der Arbeitslosenzählungen verursacht.

Zur Überwachung der Arbeiterschutzbestimmungen bestanden 1910 in 130 Orten Beschwerdekommisionen für Gewerbeinspektionsfachen, in 48 Orten Kommissionen zur Bekämpfung des Raub- und Logiswessens beim Arbeitgeber und in 228 Orten Bauarbeiterkommissionen. Wesentliche Veränderungen in der Zahl dieser Institutionen sind seit 1909 nicht eingetreten.

In immer steigenderem Maße werden seitens der Kartelle die Bildungsbestrebungen der Arbeiterschaft gefördert. Das ist ein sehr erfreuliches Symptom und es kann auf diesem Gebiete von den Kartellen noch viel dankbare Arbeit geleistet werden. Die Bildungsbestrebungen stehen mit der Förderung der Agitation in enger Beziehung, so mag ein erheblicher Teil der Versammlungen durch halten wissenschaftlicher Vorträge auch den Bildungsbestrebungen zugute gekommen sein. 406 Kartelle unterhielten gemeinsame Bibliotheken (1909: 444) und 71 (1909: 54) haben Lesezimmer eingerichtet. Bildungsausschüsse bestanden in 202 Orten (1909: 272) und die Zahl der Jugendkommissionen beträgt 293 (1909: 284). Die beiden letzteren Einrichtungen werden jedoch von einer erheblichen Zahl Kartelle gemeinsam mit der Partei unterhalten.

Gewerkschaftshäuser sind in 53 Orten vorhanden. In 16 Fällen dienen gepachtete oder gemietete Räume solchen Einrichtungen und in 37 Orten sind Gewerkschaftshäuser auf eigenem Grundstücken errichtet. Zur Errichtung und Führung von Gewerkschaftshäusern sind in der Regel besondere Genossenschaften gebildet.

Herbergen in eigener Regie werden von 28 Kartellen unterhalten, die in der Regel in Verbindung mit den Gewerkschaftshäusern stehen. Die Zahl der Herbergen bei Gastwirten, die bezüglich der Unterbringung von reisenden Gewerkschaftsmitgliedern mit den Kartellen getroffen haben, die einer ständigen Kontrolle unterliegen, beträgt 307.

Arbeitersekretariate, die von Kartellen unterhalten werden, bestehen an 96 Orten, außerdem sind noch von 203 Kartellen Rechtsauskunftsstellen eingerichtet. In verschiedenen Fällen sind an dem Unterhalt eines Sekretariats mehrere Kartelle beteiligt. Über die Tätigkeit der Sekretariate und Auskunftsstellen wird später besonders berichtet werden. 18 Kartelle besitzen zur Erledigung der Verwaltungsgeschäfte eigene Purauräume. Von 80 Kartellen werden insgesamt 152 Angestellte beschäftigt, die hauptsächlich in den Sekretariaten tätig sind.

• Aus Politik und Volkswirtschaft •

Vom Reichstag.

Berlin, 27. Mai 1911.

Das wichtigste Ereignis dieser Woche war unstreitig die Annahme der elsass-lothringischen Verfassung. Daß sie gelang, war, um diese Hauptsache gleich vorweg zu nehmen, das Verdienst der Sozialdemokraten im Reichstag.

Wir haben die Verfassungszustände, wie sie seit 1871 in den Reichsländern herrschen, in einem früheren Aufsatz geschildert. Seitdem das geschehen ist, sind diese Verhältnisse noch un-
halt-

barer geworden. Die reichsständische Regierung ist schließlich gezwungen gewesen, den dortigen Landesausschuß, der eine Kartellatur auf ein Parlament darstellte, aufzulösen und nach Hause zu schicken. Unter Umständen, die jede Rückkehr desselben unmöglich machten. Zugleich lag das feste Versprechen der Regierung und, unseres Wissens, auch des Kaisers selbst vor, daß Elsaß-Lothringen mit den anderen deutschen Bundesstaaten gleichberechtigter Bundesstaat werden, eine Verfassung und vor allem ein besseres Wahlrecht erhalten würde. Nachdem aber die Regierung den Entwurf einer solchen Verfassung nebst Wahlrecht im Reichstag eingebracht, fand sie sowohl bei der elsass-lothringischen Bevölkerung wie im Reichstag unermutete Widerstände. Für die Elsaß-Lothringer, die aus der Franzosenzeit her noch an freiheitliche Verfassungs- und Wahlrechtszustände gewöhnt waren, war das, was der Entwurf bot, lange nicht freiheitlich und fortschrittlich genug. Sie opponierten dagegen laut und unaufhörlich. Für die konservativen Parteien des Reichstages dagegen lag es gerade umgekehrt: ihnen ging der Entwurf, obwohl er die Oberhoheit des Kaisers als künftigen Landesherren von Elsaß-Lothringen, die Einführung einer ersten Kammer von privilegierten Notabeln und für die zweite Kammer unter anderem ein Mehrstimmwahlrecht durch Altersklasseneinteilung vorsah, viel zu weit. Nur die Nationalliberalen und Freisinnigen stellten sich von vornherein auf den Boden des Entwurfes. Das Zentrum aber schwankte haltlos zwischen konservativer und liberaler Stimmung hin und her. Die Folge war, daß die Beratungen in der elsass-lothringischen Verfassungskommission immer und immer wieder auf den toten Strang gerieten. Was die einen aufrichteten, zerstörten die anderen. Das Ende war vollendete Ratlosigkeit bei Regierung und „staatsbehaltenden“ Parteien. Ihre „staatsbehaltende Gesinnung“ war so wenig stark und fruchtbar, daß sie für keinen der so wichtigen Gesetzesparagrafen eine Mehrheit zustande brachten, die von Dauer war. Das ganze Gesetz drohte zu scheitern, was es doch nicht durfte; denn sonst würde in Elsaß-Lothringen einfach der Bankrott des Deutschlands und der deutschen Staatskunst offenbar und die Folgen daraus würden unabsehbar geworden sein.

In dieser Not wandten sich Regierung und liberale Parteien an die Sozialdemokratie, die bis dahin Gewehr bei Fuß der ganzen Verfassungskomödie zugeschaut hatte. Denn alles, was der Entwurf enthielt, widersprach, wie wir auch schon früher erzählten, schlechterdings ihren Idealen einer modernen freiheitlichen Staats- und Wahlrechtsverfassung. Als man sich an sie um Hilfe und Mitwirkung wandte, erklärte daher die Sozialdemokratie sofort, daß sie diese nur gewähren könne, wenn einige fundamentale Verbesserungen an dem Gesetzentwurf durchgeführt würden. Die oberste derselben war die Einführung des Reichstagswahlrechts in Elsaß-Lothringen. Andernfalls sei an ihre Mitwirkung nicht zu denken. So bissen denn Regierung und liberale Parteien in diesen für sie so saueren Apfel. Darauf schwenkte auch der größte Teil des Zentrums ein, und mit einem Male war die Mehrheit für das Gesetz zusammen. Nur die Konservativen verstärkten ihren Widerstand: denn die Einführung des Reichstagswahlrechts in Elsaß-Lothringen bedeutet die künftige Einführung desselben Wahlrechts auch in Preußen und den Zusammenbruch des Dreiklassenwahlrechts, auf dessen Geltung ihre ungeheure Macht heute noch ruht. Darum auch war die Zustimmung zu dem Gesetz seitens der Sozialdemokratie eine unbedingte politische Notwendigkeit. Sie war ein sieghafter Schlag gegen ostelbisches Junkertum und Dreiklassensystem.

• Wallerbanarbeiter •

Landshut. Seitdem der Aufseher Hühbauer ein kleines Anhängsel an die Brust erhalten hat, ist er von einem förmlichen Nachtoller besessen und glaubt, keinerlei menschliche Rücksichten mehr auf die Arbeiter nehmen zu brauchen. Kürzlich wurde eine Anzahl von Arbeitern auf seine Anordnung hin entlassen, weil sie während ihrer Mittagspause Karten spielten. Die Kantine ist doch keine Kirche, und den Aufseher geht es jedenfalls gar nichts an, was die Leute in ihrer freien Zeit tun. Diese fortgesetzten Zwiderereien und Verärgerungen müssen einmal zur Entladung führen. Und die Schuld wird auch den Vorstand des Bauamtes treffen, denn dessen Aufgabe wäre es, hier Wandel zu schaffen.

• Notizen für Gasarbeiter •

Unsere Wandkonferenz in Düsseldorf beschäftigte sich u. a. auch mit der Stilllegung von Gaswerken. Am rheinisch-westfälischen Industriegebiet werde immer mehr dazu übergegangen, Heizgas zu verwenden und die städtischen Gasanstalten außer Betrieb zu setzen. Kollege Seiny führte unter anderem dazu aus: Wenn die Gasfernversorgung technisch einen

Fortschritt darstellt und dadurch die Naturprodukte mehr Verwendung finden, so könne man dagegen an und für sich nichts einwenden. Das erstere sei jedoch noch sehr in Frage zu stellen. Fachleute auf diesem Gebiet bestritten auch, daß die Städte dabei billiger fahren, wenn auch der Schein dafür spräche. Eine große Gefahr für die Allgemeinheit liege darin, daß durch die Gasfernversorgung den Kapitalisten ein Monopol in die Hand gegeben werde, das noch zum großen Schaden für die Städte werden könne. Dies treffe auch zu auf die Versorgung mit Holz. Heute haben sich viele Gemeinden ein Unabhängigkeitsverhältnis geschaffen. Dies geben sie aber in dem Augenblick preis, wo sie solchen Verträgen zustimmen, wie sie in letzter Zeit von verschiedenen Städten mit der Rheinisch-Westfälischen Gesellschaft abgeschlossen wurden. Für uns sei ganz besonders wichtig die Unterbringung der ausgestellten Arbeiter, die jahrelang in den Gasanstalten beschäftigt waren. In Essen und Barmen ist es einigermaßen gelungen, die Kollegen in andere städtische Betriebe unterzubringen. Wir müssen hierfür auch überall dort eintreten, wo weitere Stilllegungen erfolgen. Die Kollegen aus Essen und Barmen betonten, daß zum großen Teil Unterkommen für die Kollegen geschaffen wurde. In Essen wurden 10 pensioniert, 16 bei Krupp und auf der Zeche sowie 51 in anderen städtischen Betrieben eingestellt. Aus Barmen wurde gerügt, daß hier die versetzten Arbeiter zum Teil geringere Löhne erhalten als sie vorher in der Gasanstalt verdienten und daß durch die Versetzung in andere städtische Betriebe andere Kollegen entlassen wurden. Schaffer-Köln sieht in der Gasfernversorgung einen technischen Fortschritt. Man trage sich auch heute schon in den rheinischen Städten mit der Fernversorgung der elektrischen Energie. Wenn aber die Stadtverwaltungen damit argumentieren, daß ihre sozialpolitischen Pflichten durch ihre Regiebetriebe allzu belastet würden, und dann zu solchen Maßnahmen übergehen, wie in Essen und Barmen, dann müsse dem entgegengetreten werden, nicht aber dem Problem an und für sich. Mohs-Berlin bezeichnet es als erste Forderung der Organisation, die anderweitige Unterbringung der beschäftigungslos gewordenen Arbeiter zu verlangen. Allerdings ließen sich auch sehr viele Einwendungen gegen das Problem selbst machen. Die Bestandteile des Heizgases ruinieren die Leitungen viel rascher als die auf andere Weise gewonnenen Gase. Dadurch steigen die Reparaturkosten. Wenn verschiedene Gemeinden sich zum Zwecke der Gasproduktion zusammenschließen, dann wird die Situation eine ganz andere. So aber werde sich als Ergebnis herausstellen, daß den Gemeinden im Laufe der Jahre die Benutzung von Heizgas teurer wird als beim Eigenbetrieb. Der Regiebetrieb bedeutet immer einen Vorteil. Wir können daher diese Art Monopol nicht fördern helfen. Stadtverordneter Oberlaß hob hervor, daß die Sachlage zur Vorsicht mahne, das sei schon durch die verschiedenen Anteile der Verträge bedingt. Auch treffe nicht zu, daß die Gesellschaft wesentlich billiger liefere. In Obbiss und Gräfrath stelle sich der Verstellungspreis pro Kubikmeter Gas auf 3,7 bzw. 4,7 Pf. Während Barmen bei einer Abnahme von unter 2 Millionen Kubikmeter 5 Pf. zahle, würde ihr bei einer Abnahme von über 12 Millionen Kubikmeter 3½ Pf. pro Kubikmeter angerechnet. Rechnet man hierzu die erhöhten Reparaturkosten und ferner, daß in Streik- oder Aussperrungsfällen pro Kubikmeter 1,25 Pf. mehr bezahlt werden müsse, so dürften die Vorteile des Heizgases nicht mehr weit her sein. Seiny geht spezieller darauf ein, daß ihm von sachkundiger Seite bestätigt worden sei, daß die Eigenproduktion mit den Jahren billiger ist. Bei der Fernversorgung müssen mehr Handwerker beschäftigt werden, der Personalstab wird nicht geringer, nur die Feuerhausarbeiter fallen fort. Der Außenbetrieb muß vollständig aufrecht erhalten bleiben. Die Gesellschaft liefert Gas nur bis in den Gasometer, die Verteilungskosten erhöhen sich. Arbeitersekretär Weber geht noch auf die langfristigen Verträge ein, wo doch jedes Jahr auf diesem Gebiete Neuerungen bringe. Kurzfristige Verträge ließen sich aber bei so hohem Risiko nicht abschließen. Die Gemeinden vergeben sich vollständig ihr Bestimmungsrecht und binden sich auf Jahre hinaus die Hände. Eventuelle Verbesserungen und Neuerungen müssen sie vorübergehen lassen, weil sie ein langer Vertrag bindet. Ueberall trete die Schaffung von Zweckverbänden in den Vordergrund. Diese könne mit zur Lösung dieser Frage beitragen. Es tritt keine Verbilligung ein, weil andererseits höhere Ausgaben entstehen. Auf die Arbeitsverhältnisse der Gemeindebetriebe können wir auch besser unseren Einfluß geltend machen. Es sprachen sich noch mehrere Redner hierzu im gleichen Sinne aus.

Delmenhorst. Bereits bei Einreichung eines neuen Lohntariffs seitens der Arbeiter der städtischen Gasanstalt wurde für Deizer die Achtundsechzigstunde gefordert. Da aber die Einführung derselben eine zu große Umänderung des Etats bedeutete, so wurde diese Forderung zurückgestellt. Wie verlautet, ist die Gaskommission bei Aufstellung des neuen Etats sich dahin einig geworden, den städtischen Körperschaften die Einführung der Achtundsechzigstunde zu empfehlen. Durch Verbesserung der maschinellen Einrichtungen bei den Motoren werden die durch die Verkürzung der Arbeitszeit entstehenden Mehrkosten wieder ausgeglichen.

Münchingen-Wilhelmsbaven. Auf die Eingabe der Gasarbeiter bewilligte die Direktion der Th. Gasgesellschaft für den ersten Ofenarbeiter einen Schichtlohn von 6 Mk., bisher 5,60 Mk. Für die übrigen Ofenarbeiter 5,10 bis 5,40 Mk. pro Schicht, bisher

4,75 bis 5,10 Mk. Für Schlosser und Schmiede 5 Mk. pro Tag bisher 4 bis 4,50 Mk. Für Rohrleger und Installateure bis zum 20. Lebensjahre 4,50 Mk., über 20 Jahre alt 5,50 Mk., bisher 4 bis 5,10 Mk. Ausßer wöchentlich 30 Mk. Hoch- und Erdarbeiter 4,50 Mk. pro Tag, bisher 4 Mk. Vertimmer 5 Mk. pro Tag, bisher 4,50 Mk. Kesselwärter 5 Mk. pro Schicht, bisher 4,50 bis 4,70 Mk. Für Überstunden und Sonntagsarbeit erfolgt ein Zuschlag von 10 Prozent. Der Urlaub ist jetzt folgendermaßen geregelt: Im zweiten Jahre der Beschäftigung 3 Tage, im dritten Jahre 4 Tage, im fünften Jahre 6 Tage, im sechsten Jahre 7 Tage, im achten Jahre 10 Tage. Ebenfalls ist ein Arbeiterausschuß von 6 Personen aus den Reihen der Arbeiter gewählt und von der Direktion anerkannt worden.

Bittenau. Seit dem Jahre 1900 besteht hier eine von der Gemeinde erbaute und in eigener Regie geführte Gasanstalt. Die Arbeitsverhältnisse, Sozialfürsorge und hygienischen Einrichtungen lassen in derselben viel zu wünschen übrig oder besser gesagt, seit Eröffnung des Werkes haben die Klagen der Arbeiter noch nicht aufgehört. Seit Anfang des Jahres 1910 hat auch in diesem Werk infolge der miserablen Verhältnisse die Organisation festen Fuß gefaßt. Die junge Organisation hat hier schon recht schwere Kämpfe durchmachen müssen. Die Kollegen haben sich die größte Mühe gegeben, Verbesserungen anzubahnen. Dies wurde von der Betriebsleitung mit Entlassungen beantwortet. Die meisten Forderungen der Gasarbeiter wurden ebenfalls von der rückständigen Majorität des Gemeindeparkaments unberücksichtigt gelassen. Nur die sozialdemokratischen Gemeindevertreter, welche sich im Dorfparkament in der Minorität befinden, traten immer wieder für die gerechten Forderungen der Gasarbeiter ein. Durch das Festhalten an ihrer Organisation und den festen Zusammenschluß der Kollegen ist es endlich doch möglich gewesen, einige minimalere Verbesserungen zu erringen. So wurden z. B. im April 1910 die Löhne der Gasarbeiter um 2 Pf. pro Stunde erhöht, so daß der Lohn statt 4 Mk. 4,20 Mk. pro Tag bei einer 10stündigen Arbeitszeit beträgt. Den Betriebsarbeitern wurde der Lohn von 4,80, 5 und 5,20 Mk. gleichmäßig auf 5,50 Mk. erhöht bei einem 12stündigen Schichtwechsel. Im Juli wurde alsdann der Lohn auf 6 Mk. festgelegt. Die Forderungen der Arbeiter auf Verkürzung der Arbeitszeit für Gasarbeiter und Handwerker auf 8 Stunden und der Feuerarbeiter auf 8 Stunden (Dreischichtsystem), bezüglichen Zahlung der gleichen Löhne bei Verkürzung der Arbeitszeit sowie Bezahlung der Überstunden mit 25 Proz. der Lohn- und Feiertagsarbeit mit 50 Proz. Zuschlag und daß die siebente Schicht beim Dreischichtsystem als Sonntagsarbeit mit entsprechendem Zuschlag zu zahlen ist, fand bei der Betriebsleitung sowie bei der Majorität des Dorfparkaments kein Gehör. Sämtliche Forderungen fielen unter den Tisch, und man erließ am 15. März 1911 eine Arbeitsordnung, in welcher alle die von den Arbeitern gestellten Verbesserungen unberücksichtigt blieben. Es

hatte sich nun die letzte Gemeindevertreterversammlung auf Antrag der sozialdemokratischen Vertreter mit dieser Arbeitsordnung beschäftigt. Nachdem von den Arbeitervertretern der unsoziale Inhalt der Arbeitsordnung scharf kritisiert worden und sie für die Forderungen der Arbeiter eingetreten waren, erhielt der neu gewählte Gemeindevertreter, Herr Betriebsdirektor Schöneberg, das Wort; er äußerte sich dahingehend, daß in sämtlichen größeren Gasanstalten die 8-Stunden- bzw. 9-Stundenschicht eingeführt ist. Die Arbeiter hätten sich aber auch bei der Einführung der verkürzten Arbeitszeit verpflichtet, mehr Arbeit zu leisten und zwar arbeiteten früher die Feuerarbeiter 4 Stunden und hatten 1 1/2 Stunden Pause, jetzt bei der 8-Stundenschicht arbeiten dieselben im umgekehrten Verhältnis. Es sei zu prüfen, ob ohne Risiko für eine kleine Gasanstalt die Verbesserungen Platz greifen können. Am Schluß der Debatte wurde der von sozialdemokratischer Seite gestellte Antrag auf Bildung einer Kommission zur Ausarbeitung einer neuen Arbeitsordnung, welche den Wünschen der Arbeiter mehr Rechnung trägt, einstimmig angenommen. In diese Kommission wurden Herr Betriebsdirektor Schöneberg und Genosse Adam gewählt. Ersterer wurde alsdann noch als dauerndes Mitglied in die Beleuchtungskommission gewählt, welcher auch die Gasanstalt untersteht.

• Aus den Stadtparlamenten •

Döbeln. Im November vorigen Jahres richtete das Stadtverordnetenkollegium an den Stadtrat das Ersuchen, eine allgemeine Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter vorzunehmen, nachdem sich vorher unsere Kollegen wiederholt mit der Lohnfrage beschäftigt hatten. In der letzten Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums wurde nun Bericht erstattet über den Erfolg des Antrages vom November. Es berichtete zunächst der Betriebsdirektor Racherot über die Steigerung der Löhne in den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken seit dem Jahre 1906. Daraus geht hervor, daß 1906 die Löhne der Ofenhausarbeiter 32 bis 35 Pf. betragen, seit Anfang 1911 dagegen 38 bis 41 Pf. pro Stunde, demnach in den fünf Jahren um 6 Pf. pro Stunde gestiegen waren. Ähnlich verhalte es sich auch mit den Löhnen der Gasarbeiter, welche von 23 (!) bis 25 Pf. 1906 auf 29 bis 32 Pf. 1911 gestiegen wären; die Löhne der Handwerker waren 1906: 35 bis 37, jetzt 40 bis 46 Pf. Im Wasserwerk erhielten die Arbeiter 1906 einen Stundenlohn von 30 Pf., jetzt einen solchen von 34 Pf., die Schlosser 1906 35 Pf., jetzt 37 bis 45 Pf., die Feizer 1906 31 bis 38 Pf., jetzt 33 bis 38 Pf. Ueber die Löhne beim Bauamt berichtete Stadtb. Augustin. Demnach habe im Jahre 1910 der Bauauschuß sich bereits mit der Lohnfrage beschäftigt, damals aber keinen Anlaß gefunden, die Löhne zu erhöhen. (!) Ab Januar d. J. seien jedoch

Zwang und Freiheit.

II.

(Schluß.)

Die Koalitionsfreiheit in Deutschland beruht auf dem berühmten § 152 der Gewerbeordnung, wonach es den gewerblichen Arbeitern erlaubt ist, sich zum Zwecke der Erringung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zu organisieren; der Koalitionszwang wird im § 153 der Gewerbeordnung verboten und unter Strafe gestellt, insofern es nicht gestattet ist, abseits stehende Kollegen durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohung, Ehrverletzung oder Verurteilung zu bestimmen, einer Organisation beizutreten oder sie zu hindern, aus der Organisation auszutreten. Danach ist jeder gewalttätige Eingriff in die freie Selbstbestimmung des Individuums verboten, doch ist es keineswegs untersagt, einen moralischen Zwang anzuwenden und durch Ueberredung und Belehrung auf einen Aussenstehenden einzuwirken. Mit andern Worten will das beagen, daß das Gesetz nicht jede Zwangsanwendung verwirft, sondern nur eine solche, die das Recht und die Freiheit eines Kollegen in unzulässiger Weise beschränkt.

Es liegt in der Natur der Sache, daß über den Begriff moralischer Zwang und unberechtigter Zwang die Ansichten zwischen einem Scharfmacher und einem Gewerkschaftler meilenweit auseinandergehen. Wer in der Organisationslosigkeit ein unveräußerliches Menschenrecht erblickt, das nicht angefaßt werden dürfe, der wird jede Agitation unter unorganisierten Reuten für einen Mißbrauch des Koalitionsrechts und ein lebenswürdiges Verbrechen erklären, wer aber zu der Einsicht gekommen ist, daß die Organisationszugehörigkeit eine höhere Form menschlicher Betätigung ist, der kann es unmöglich verurteilen, wenn ein Unorganisierter in anständiger Form auf seine Pflicht gegenüber seinen Kollegen hingewiesen wird. Die kapitalistische Auffassung ist offenbar unsozial und ein Ausfluß des individualistischen Prinzips, das den Egoismus und das Interesse des Einzelnen als ausschlaggebend betrachtet und seine Beschränkung duldet; die gewerkschaftliche Auffassung entspricht ohne Zweifel dem

sozialistischen Prinzip, das den privaten Egoismus zurückdrängt und bei jedem Tun und Lassen eine Rücksichtnahme fordert auf das Wohl und Wehe anderer Menschen. Das erste Prinzip predigt der noch heute im Tierreiche herrschende Kampf aller gegen alle und wird drastisch ausgedrückt in dem Sage: „Erst komme ich, dann komme ich noch mal und dann kommt ihr andern noch lange nicht!“, das zweite Prinzip predigt den Solidarismus, die gegenseitige Hilfe, die den Fortschritt im Menschenreiche ermöglicht hat und sich in dem Sage zum Ausdruck bringen läßt: „Einer für alle und alle für einen!“ Welches Prinzip das Tun und Lassen eines Kulturmenschen bestimmen soll, kann wohl keinem Zweifel unterliegen.

Der Zweck des menschlichen Daseinskampfes, das Ziel, dem die Menschheit unter Ausbietung aller Kräfte entgegenringt, ist die Hebung der großen Masse des Volkes aus eine immer höhere Stufe körperlichen und geistigen Wohlfühlens. Das größtmögliche Glück für die größtmögliche Anzahl, das ist die kürzeste Formel, gewissermaßen der Kern all unseres Ringens und Strebens. Und das ist auch das Ziel, dem die moderne Arbeiterbewegung ihre Kräfte geweiht hat. Zu diesem Glück gehören nicht nur das Wohlbefinden in bezug auf die materiellen Lebensbedingungen, sondern auch das Gefühl körperlicher und geistiger Freiheit. Der Mensch bedarf, um sich wohl fühlen zu können, nicht nur eines menschenwürdigen Daseins, wie dies vom Sozialismus erstrebt wird, sondern er will sich auch frei bewegen können und das Joch des Zwanges von sich abschütteln. Manchmal erscheint ihm dieses Freisein von Banden und Fesseln noch viel erstrebenswerter, als das materielle Wohlfühlen, und deshalb gibt es Menschen, die den Anarchismus für eine höhere Weltanschauung erachten, als den Sozialismus, in dem sie lediglich eine Lösung der Magenfrage erblicken; sie legen mehr Wert auf Freiheit als auf Sattessen. Das ist natürlich eine völlig irrige Auffassung vom Sozialismus, aber so viel steht unbestreitbar fest, daß die Gesellschaft die beste ist, die ihren Gliedern das größte körperliche Wohlfühlen und die höchste Freiheit gewährleistet.

Die Löhne der Arbeiter, deren 34 beschäftigt sind, um einen Pfennig, die der Handwerker (2 Mann) um 2 Pf. pro Stunde erhöht worden. Die Löhne betragen nunmehr für Arbeiter: 2: 34 Pf., 5: 81, 9: 80, 10: 29, 2: 28, 5: 27 Pf. pro Stunde.

Man wird nach diesen Angaben durchaus nicht sagen können, daß die Löhne der städtischen Arbeiter etwa zu hoch wären, im Gegenteil! Es bleibt viel zu wünschen übrig. Dieser Ansicht war auch Stadtv. Bietweg (Soz.), welcher sagte, daß er nach den gehörten Berichten den Gedanken nicht los werde, daß die Arbeiter als Objekt der Ausbeutung betrachtet würden. Die Arbeiter hätten unter den Teuerungsverhältnissen mehr zu leiden als die Beamten. Vom Kollegium sei doch seinerzeit eine allgemeine Lohn-erhöhung beantragt worden; das sei jedoch nicht ausgeführt worden, da nur einzelne Arbeiter eine Pfennigzulage erhalten hätten. Am ungünstigsten seien die Löhne beim Betriebsamt, wo aber gerade die schwerste Arbeit zu leisten sei und wozu gut eingerichtete Arbeiter gebraucht würden. Er wünsche dringend, daß hier das Versäumte sofort nachgeholt werde, denn mit diesen Löhnen könne die Stadt nicht paradien. Weiter führe er noch an, daß im Gaswerk auch sonst manches nicht so sei, wie es eigentlich sein solle. Auch hier wünsche er Besserung. Diese Kritik verschnapfte den Herrn Betriebsdirektor ganz gewaltig und er meinte, die Betriebsverhältnisse im Gaswerk seien wie in jedem anderen Gaswerk auch. Beschwerden seien ihm noch nicht vorgebracht worden. Im übrigen sei es Usus, daß die Löhne der Arbeiter immer im Juni aufgebessert worden wären und so werde es auch diesmal wieder gehandhabt werden. — Demnach hätten also die Arbeiter der Gasanstalt zum Juni noch eine Lohnaufbesserung zu gewärtigen. Sie werden den Herrn dann auch beim Worte nehmen. Es entspann sich über die ganzen Lohnverhältnisse noch eine eingehende Debatte. Am Schlusse derselben bemerkte der Stadtverordnetenvorsitzer Prof. Kranz, daß das Kollegium wolle, daß die städtischen Arbeiter guten Lohn bekämen und daß auch in gesundheitlicher Beziehung gute Verhältnisse herrschten. Das ist ja auch unsere Meinung, doch gegenwärtig bleibt in bezug auf die Löhne noch recht viel zu wünschen übrig. Eine dringende Mahnung an die städtischen Arbeiter, sich fest zusammenzuschließen, um später zu stellende Anträge auch mit Nachdruck vertreten zu können. Jetzt steht fest, daß die Zulagen unzureichend sind und zudem auch nach Gunst erfolgten.

Wilhelmshaven. Die Stadtverwaltung bewilligte den Kavalisationsarbeitern eine Teuerungszulage von 80 bezw. 90 M.

• Aus den Gemeinden •

Rixdorf. Der Magistrat hat sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage der Einführung einer kommunalen Arbeitslosenunterstützung beschäftigt. Nach eingehender Beratung wurde beschlossen,

Leider türmen sich in der Praxis, wenn dies Ziel verwirklicht werden soll, mannigfache Schwierigkeiten auf. Im Arbeitsprozeß, sofern hier das Zusammenarbeiten mehrerer Menschen in Frage kommt, ist die Bewegungsfreiheit naturgemäß beschränkt und diese Beschränkung ist um so größer, je mehr sich ein Betrieb zu einem Automaten entwickelt, in dem jeder Arbeiter nur ein Rädchen ist in diesem Automaten. Auch im sozialen Leben kann von einer schrankenlosen Bewegungsfreiheit keine Rede sein, sondern die Freiheit des Einzelnen wird eingeengt durch die Rücksicht, die er auf das Wohl der andern nehmen muß. Es ist nun einmal ein soziologisches Gesetz, daß überall dort, wo Menschen zusammenleben und streben, jeder von ihnen einen Teil seines freien Bestimmungsrechts freiwillig oder gezwungen aufgeben muß. Selbstverständlich steht immer derjenige moralisch am höchsten, der aus freiem Willen heraus dies Opfer bringt, ohne sich erst dazu zwingen zu lassen. Hier stoßen wir auf den Zwiespalt zwischen Koalitionsfreiheit und Koalitionszwang.

Es läßt sich nicht leugnen, daß die Arbeiter eines Berufes, falls sie eine höhere Lebenshaltung, sowie ein größeres Maß von Recht und Freiheit erstreben, sich zu einer Gewerkschaft zusammenschließen müssen. Eine solche Vereinigung verlangt von ihren Mitgliedern ein Zurückdrängen des privaten Interesses zugunsten der Gesamtinteressen, sie verlangt Disziplin, Opferfreudigkeit, Solidarität und Gehorsam gegen die Mehrheitsbeschlüsse, sie verlangt, daß ein jedes Mitglied auf einen Teil seiner persönlichen Freiheit verzichtet und die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Kollegenschaft für sich als bindend erachtet. Sodann fordert eine solche Vereinigung aber auch, daß alle Kollegen ohne Ausnahme Mitglied werden, weil nur durch ein gemeinsames und einmütiges Vorgehen die erstrebten Erfolge zu erreichen sind. Mit vollem Rechte betrachtet deshalb eine Gewerkschaft die unorganisierten Arbeiter und die Mitglieder, die sich den gefassten Beschlüssen nicht fügen, als Schädlinge und als Verräter an dem Wohl der Kollegen. Dieser Stand-

auf dem nächsten Deutschen Städtetag den Antrag zu stellen, dahin zu wirken, daß die Arbeitslosen-Versicherungspflicht durch Reichsgesetz eingeführt wird. Den einzelnen Industrie- und Arbeiterstädten sei es unmöglich, auf diesem Gebiete Wesentliches zu leisten. Das Reich müsse hier eingreifen. Die Gemeinden könnten nur Zuschüsse für diese Versicherung gewähren. — Die Verschiebung wird also lustig weiter gehen.

• Aus unserer Bewegung •

Gaukonferenzen.

Gaukonferenz Düsseldorf. Am 21. Mai tagte im Solinger Gewerkschaftshause eine Gaukonferenz des Gaues Düsseldorf. Es waren 10 Filialen durch 25 Delegierte vertreten. Außer dem Gauleiter, Kollegen Heinh, nahm noch Kollege Rohs vom Verbandsvorstand an der Konferenz teil. Als Gäste konnten wir außer dem Arbeitersekretär, Genossen Weber, verschiedene Stadtverordnete aus Solingen und Umgegend begrüßen. Der Vorsitz wurde den Kollegen Pantof-Deinath und Büttgen-Solingen übertragen, als Schriftführer fungierten die Kollegen Binder-Röln und Walbeher-Darmen. Zum 1. Punkt der Tagesordnung — richt der Gauleitung — führte Kollege Heinh aus, daß das verflossene Jahr einen erfreulichen Fortschritt in der Bewegung gezeitigt hätte. Der Gau rückte hinsichtlich der Mitgliederzahl von der 10. an die 12. Stelle auf. Neue Filialen konnten errichtet werden in Arefeld, Ronsdorf und Hagen. Auch Dortmund müsse man als neuerstand ansehen, da es bisher nur wenige Mitglieder hatte, im letzten Jahre aber eine gute Entwicklung durchmachte. Die Filiale Aachen wurde nach Auflösung des Gaues Köln angeschlossen. Der gesamte Mitgliederbestand betrug (ohne Köln-Mülheim) am Jahreschluß 883 buchmäßige oder 708 zahlende, gegen 518 und 408 am 31. Dezember 1909. Dies bedeutet mithin einen Zuwachs von 367 bezw. 298 Mitgliedern. Im weiteren betonte der Redner, daß in einzelnen Filialen die Beitragskassierung besser durchgeführt und das Vertrauensmännersystem besser ausgebaut werden muß. Die Mitgliederbeiträge sind verschieden. Es erheben 50 Pf.: Düsseldorf und Essen; 45 P.: Köln, Mülheim, Aachen und Elberfeld, alle anderen Filialen nur den Grundbeitrag von 40 Pf. Die Agitation leidet vielfach unter Maßregelungen unserer Mitglieder, so in Arefeld und Hagen. In Dortmund wurden sogar unsere Handzettelverteiler zweimal von der Straße weg verhaftet. So wird das Koalitionsrecht unserer Kollegen bewertet und mißachtet. Arbeiterausschüsse für alle städtischen Betriebe haben wir nur in Darmen, Elberfeld und Köln. Ingesamt hatten wir im Gau 31 Lohnbewegungen. Das Verfallensleben war im Berichtsjahre sehr rege, doch muß dahin gewirkt werden, daß nicht

punkt muß jedem unparteilichen Menschen als durchaus unanfechtbar erscheinen.

Auch noch von einem anderen Gesichtspunkte aus sind die Gewerkschaften berechtigt, den Beitritt und die tatkräftige Mitarbeit aller Arbeiter des betreffenden Berufes zu fordern. Bekanntlich nehmen auch die Unorganisierten an den Früchten der Organisationsarbeit teil und da darf es doch nicht unbillich gehalten werden, wenn ihnen die Pflicht auferlegt wird, auch an der Arbeit teilzunehmen. Die Organisationslosigkeit als eine höhere Form der Freiheit und als das unantastbare Recht eines Arbeiters hinstellen zu wollen, heißt doch weiter nichts, als daß man auf das Schmarogertum, dieses elendesten Menschengewürms, obendrein noch eine Prämie setzt. Überall wird es als ehrlos und unmoralisch betrachtet, sich auf die saule Haut zu legen und die Kastanien zu verzehren, die andere Leute aus dem Feuer geholt haben, nur wenn es sich um die Arbeiterorganisationen handelt, werden die Schmarogert mit dem Nimbus des Heldentums umgeben.

Der moralische Zwang, den die organisierten Arbeiter auf die unorganisierten Kollegen ausüben, um sie mit Nachdruck auf ihre kollektive Pflicht hinzuweisen, ist also eine unabwiesbare Notwendigkeit, wenn die Auswärtsentwicklung der Arbeiterklasse weitere Fortschritte machen soll. Der Kampf, den die Arbeiter führen, ein Kulturkampf im edelsten Sinne des Wortes, stellt an jeden Einzelnen die Anforderung, daß er Schulter an Schulter mit seinen Kollegen marschiert. Und mag auch der Organisationszwang manchmal gegen die Paragraphen des bestehenden Strafgesetzbuches verstößen, gegen die Gesetze der sozialen Moral verstößt er keineswegs. Durch den Zwang der Organisation sollen die Arbeiter erst recht frei werden und sich ihr Menschentum erringen. Und wie der Schulzwang des modernen Staates die Kinder zu tüchtigen Menschen erziehen soll, so soll der Koalitionszwang die Arbeiter zu tüchtigen Klassenkämpfern erziehen. Durch Zwang zur Freiheit — das ist die Parole, unter der die Arbeiterklasse in den Kampf zieht.

Brutus.

mehr so viele Versammlungen des Sonntags abgehalten werden, damit der Gauleiter möglichst überall hinkommen kann. Zum Schlusse betonte der Referent, wenn auch die Erfolge im Berichtsjahre teilweise zufriedenstellend waren, so könnten sie doch nicht vollauf genügen. Er müsse deshalb erwarten, daß die Kollegen mehr als bisher die Gauleitung unterstützen, das Vertrauensmännersystem ausbauen, die Kassierung fördern und so am inneren Ausbau der Organisation tüchtig mitarbeiten, dann kann der Erfolg nicht ausbleiben. — Im weiteren berichteten die Delegierten aus den einzelnen Filialen, den Bericht des Gauleiters da und dort ergänzend, das Verhältnis zu den Bruderorganisationen, sowie den Hirsch-Dunderschen und Christlichen mit erörternd. Die Tätigkeit der Gauleitung fand allseitige Anerkennung. Seitens der Düsseldorf Kollegen wurde bemängelt, daß man ihnen in der „Gewerkschaft“ den Vorwurf der Lethargie gemacht habe, wo doch gerade in Düsseldorf in der Agitation viel geleistet wurde. Kollege Rohs, als Vertreter des Verbandsvorstandes, bringt zum Ausdruck, daß man im letzten Jahre mit der Entwicklung des Gaus zufrieden sein könne. Er geht dann auf tatsächliche Fragen bei Lohnbewegungen und Grenzstreitigkeiten ein und ersucht alle Kollegen, mehr wie bisher auf die Durchbildung und Heranziehung von Vertrauensleuten hinzuwirken. Hiernach referiert zunächst Kollege Heink über die Stilllegung verschiedener Gasanstalten, so in Essen und Warmen. (Siehe „Notizen für Gasarbeiter“, Spalte 545.) Unter „Verschiedenes“ lagen eine Reihe von Anträgen vor. Eine Resolution und ein gleichlautender Antrag verlangten, daß in Zukunft der Verbandsvorstand nur solche Kollegen als Beamte anstellt, die bereits in unserem Verbands tätig waren. Die Resolution wurde nach kurzen Bemerkungen mit 21 gegen 6 Stimmen angenommen. Ein weiterer Antrag, ein Agitationsflugblatt für die Frauen unserer Kollegen herauszugeben, wurde dem Verbandsvorstand überwiesen. Kontrollkarten einzuführen wird dem Vorstand der einzelnen Filialen überlassen. Die Regelung der freiwilligen Reiseunterstützung soll gemäß nachstehender Bestimmung erfolgen: „Reiseunterstützung wird an einem Tage nur in einer Filiale ausbezahlt. Die tägliche Auszahlung darf den Betrag der jeweiligen Ortsunterstützung nicht überschreiten. Jeder ausbezahlte Betrag muß im Mitgliedsbuch quittiert werden.“ Die Gauleitung wird beauftragt, die Filialen in geeigneter Weise in Kenntnis zu setzen. Die nächste Gauleitung findet in Elberfeld statt.

Chemnitz. Die Arbeiter des Elektrizitätswerkes warten schon seit 3 Jahren auf eine neue Arbeitsordnung. Seit 2 Jahren erhalten neu eingestellte Arbeiter überhaupt keine Arbeitsordnung mehr. Es wird ihnen vielmehr erklärt: „Die Arbeitsordnung bekommen Sie später, es wird eine neue ausgearbeitet.“ Verunsicherung muß es aber erregen, daß die Sache so lange verschleppt wird. Da nun anscheinend die Aufstellung einer Arbeitsordnung eine recht schwierige Aufgabe zu sein scheint, so glauben die Arbeiter dem Rat und der Diktation zu misstrauen. Sie reichen deshalb selbst den Entwurf zu einer Arbeitsordnung ein. Aber trotzdem ist bis heute die Angelegenheit nicht erledigt, obgleich sich der Arbeiterschuß wiederholt darum bemüht hat. In einer der letzten Sitzungen erklärte vielmehr der Direktor, die Arbeiter sollten sich doch einmal beruhigen, die Arbeitsordnung werde schon noch kommen! Aber wann? Das weiß niemand — und mit diesem mageren Trost sollen sich die Arbeiter zufriedengeben! Vielmehr vergehen nochmals drei Jahre! Eine einheitliche Arbeitsordnung ist aber recht notwendig, da jetzt im Arbeitsverhältnis viel Unklarheit besteht. Die Arbeiter des Innenbetriebes müssen z. B. noch elf Stunden täglich arbeiten. In der Großstadt Chemnitz! Außerdem müssen viel Überstunden geleistet werden, so daß es nichts Seltenes ist, wenn 80, 90, ja sogar 100 Stunden pro Woche zusammenkommen. Mit Zuschlag wird aber nur Nacht- und Sonntagsarbeit vergütet, die Überstunden dagegen nicht. Ähnlich liegen auch die Arbeitsverhältnisse bei den Leuten, die mit der Bahn nach den Vororten müssen, um dort zu arbeiten. Ihnen wird nicht einmal die Zeit, wo sie auf der Bahn fahren, als Arbeitszeit angerechnet. Jeder Privatunternehmer bezahlt diese Zeit mit, die Großstadt Chemnitz hat sich dazu noch nicht aufgeschwungen. Dies alles soll geregelt werden, wenn die neue Arbeitsordnung herauskommt. Da aber nun schon drei Jahre darauf gewartet wird, so kann man es schon verstehen, wenn die Arbeiter der langen Verzögerung müde werden und der Öffentlichkeit einmal einen kleinen Einblick in ihre Verhältnisse gewähren. Wissen sie doch, daß die Kritik in der Öffentlichkeit immer gewirkt hat.

Dresden. In der past. besuchten Versammlung vom 16. Mai kamen zahlreiche Mißstände bei der Straßenreinigung zur Sprache. Von Dresden sagt man, es sei die sauberste Großstadt, und da hier nun mit Aufwendung von viel Pomp und eitel Klitter die große Internationale Hygiene-Ausstellung eröffnet ist und des „riesenhaften“ Zugzugs zahlungsfähiger Fremder harzt, so ist es wohl ganz selbstverständlich, daß bei der Straßenreinigung alles daran gesetzt wird, den Ruf Dresdens zu erhalten. Das ist an sich recht lobenswert, nur sollte man bei diesem Bestreben auch die Gesundheit der beschäftigten Arbeiter mit berücksichtigen, denn das gehört doch gewissermaßen auch zur Hygiene. Aber das ist jetzt

durchaus nicht der Fall, sondern es werden jetzt an die Arbeitskraft der Straßenreiniger geradezu unerhörte Anforderungen gestellt. Am meisten werden die Arbeiter der Asphaltkolonnen, die auf den Straßenzügen der inneren Stadt beschäftigt sind, betroffen. Hier wird täglich 12 und 13 Stunden gearbeitet! Die Arbeitszeit beginnt früh 4 Uhr und dauert bis abends 1/8 Uhr, dazwischen liegen je 1/2 Stunde Frühstück- und Vesperpause, sowie eine 1 1/2 stündige Mittagspause. Wenn man bedenkt, daß die Leute der für einen Straßenreiniger unerschwinglichen Wohnungsmiete wegen in den Außenvierteln wohnen und deshalb täglich weite Wege machen müssen, so sind sie 15 bis 16 Stunden von ihrer Wohnung abwesend; ihre Familie sehen sie kaum. Weiter kommt hinzu, daß an Arbeitskräften gespart wird. Es werden deshalb erkrankte, beurlaubte oder zum Füllen der Sprengwagen Abkommandierte nicht sofort ersetzt, die Reinigung muß aber in der gleichen Zeit wie sonst erfolgen. Bei dem niedrigen Lohn, 34 Pf. für die Stunde, finden sich auch nicht genügend brauchbare Arbeitskräfte. Die größten Verstöße gegen die minimalsten Forderungen läßt man sich ausbilden kommen. Zum Beispiel beim Papierlesen. Da ist man ängstlich bemüht, daß kein Stüchchen Papier die Straßen verunziert, der Arbeiter aber, der zum Papierlesen kommandiert ist, muß das Papier mit der bloßen Hand auflesen! Man weiß doch, welch zweifelhaften, ja sogar ekelhaften Inhalt weggeworfenes Papier birgt. Wir sind überzeugt, wenn die Herren Mehrmeister selbst mit Papier auflesen müßten, da wäre bald etwas geschafft. Wegen die Anforderungen der Hygiene verzichtet es auch, wenn die Papierleser mit ungereinigten Händen ihr Frühstück verzehren müssen. Es sind wohl in einzelnen Depots und Arbeiteraufenthaltsräumen Waschgefäße da, aber meist ist kein Wasser drin, das muß sich der Arbeiter erst herzuholen. Die Pausen aber sind kurz und wenn der Arbeiter sich erst Wasser herzuholen soll, ja dann bleibt ihm eben keine Zeit zum Essen übrig. Handtücher sind wohl vorhanden, aber nicht in genügender Zahl. Die Arbeiter müssen selbst in ihrer Sauberkeit oft viel zu wünschen übrig, nebenbei werden sie als Kochstube für Kaninchenfutter ujm. benützt. Auch die Dienstkleidung (blauer Leinwand und Mütze) ist nicht immer einwandfrei sauber. Mindestens sollte man neu eingetretenen Leuten saubere Kleidung übergeben. Oftmals aber sind die übergebenen Dienstmützen die „reinen Speddel“, die der Arbeiter nur mit Grauen aufsteht. Ganz ungenügend ist aber die Gewährung von Sommerurlaub. Nach dem Haushaltsplan soll in diesem Jahre an zusammen 371 Arbeiter Urlaub von zusammen 965 Tagen erteilt werden. Es entfallen demnach auf den einzelnen ganze 2 1/2 Tage! Hinzu kommt noch, daß laut Haushaltsplan die Beurlaubten nur zu einem Drittel ersetzt werden sollen! Und so belaufen sich denn dann die Kosten für diese soziale Fürsorge auf ganze 1094 Mk., oder auf den einzelnen Beurlaubten gerechnet sage und schreibe 2,95 Mk. Aber für Stellvertretungskosten für beurlaubte Mehrmeister, deren es 16 oder 17 gibt, da sind im Haushaltsplan auch 1000 Mk. eingestellt und für beurlaubte beamtete Vorarbeiter sogar 2249 Mk. Bei der Verteilung, resp. dem Antritt desurlaubes wird so gut wie keine Rücksicht auf die Wünsche der Arbeiter genommen. Es hat sich doch wohl jeder schon wochenlang zuvor ausgemalt, wie er seine paar Tage Urlaub am besten verbringt, meist ist ein Besuch bei Verwandten geplant. Durch diesen Plan macht der Herr Mehrmeister mit rauher Hand einen Strich. Er dekretiert ganz einfach: „Sie treten morgen Ihren Urlaub an“, ohne Rücksicht, ob das dem Arbeiter auch paßt. Ja erst jetzt ist es passiert, daß der Mehrmeister frühmorgens um 7 Uhr zu einem Arbeiter sagte: „Sie müssen gleich jetzt auf Urlaub gehen, der Dienst läßt es nicht anders zu!“ Und so mußte der Betreffende von der Arbeit weg und Urlaub machen! Einige von den Mehrmeistern können sich immer noch nicht von der Vorstellung frei machen, als ob die Arbeiter Rekruten wären. Ordnung muß sein, aber militärischer Drill und Anstanderei ist absolut nicht notwendig. Besonders haben es ja die Herren auf die organisierten Arbeiter abgesehen. Mit allen kleinen Mitteln wird versucht, das Vordringen der Organisation zu verhindern. Oberkehrmeister Graf tut sich da besonders hervor. Schon im vorigen Jahre mußten wir wegen dieses Herrn beim Räte Beschwärde führen. Wir möchten ihm nur dringend anempfehlen, es nicht zu weit zu treiben! Unseren Kollegen aber raten wir, unentwegt für weitere Stärkung der Organisation zu sorgen, damit diesen Mißständen mit aller Energie begegnet werden kann.

Düsseldorf. Eine zahlreiche besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter tagte am 20. Mai d. J. im Restaurant „Zum Aurfürst“. Der geräumige Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Viele Personen mußten wieder umkehren, weil sich der Saal als zu klein erwies. Der große Andrang ist jedenfalls ein Zeichen dafür, daß es um die Lage der hiesigen städtischen Arbeiter sehr schlecht bestellt ist. Verbandsvorsitzender Rohs-Vorlin sprach über die Verschleppungstatistik der Stadtverwaltung in Bezug auf die Forderungen der städtischen Arbeiter. In eingehender Weise schilderte er die Lage der städtischen Arbeiter, wobei auch näher auf die hiesigen Verhältnisse eingegangen wurde. Die Forderungen, die die städtischen Arbeiter im vorigen Jahre an die Stadtverwaltung eingereicht haben, seien das mindeste, was ein städtischer Arbeiter verlangen müsse, wenn er auch nur einigermaßen als Mensch leben

wolle. Nicht zu verstehen sei es, warum die beschriebenen Wünsche nicht einer Beratung unterzogen würden. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die Stadtverwaltung weiter auf diesem Standpunkt beharre, deshalb sei es Sache der Arbeiterschaft, die Organisation genügend auszubauen, um eventuell auf dem Wege der Selbsthilfe das zu erreichen, was bisher vergebens verlangt wurde. Von den Disziplinierungsmaßnahmen wurden eine Reihe Mißstände zur Sprache gebracht, vor allem, daß sich die selbst organisierten Beamten das Recht herausnehmen, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu beschränken. Von Seiten der Stadtverwaltung sei den Arbeitern das Koalitionsrecht zugesichert worden. Die Beamten lehrten sich aber nicht daran. So lange sich aber die Beamten nicht an die Verfügungen des Oberbürgermeisters lehren, so lange könne man diese deshalb nicht ernst nehmen. Wie mit dem Koalitionsrecht, so sei es auch mit dem Beschwerderecht. Heute komme überhaupt ein städtischer Arbeiter nicht mehr zu seinem Recht. Beschwerden führen bei dem Vorgesetzten, heiße, den Teufel bei seiner Großmutter anklagen. Nachstehende Resolution wurde schließlich einstimmig angenommen: „Die im Saale des Restaurants „Zum Kurfürst“ zahlreich versammelten städtischen Arbeiter protestieren ganz entschieden gegen jede weitere Verschleppung ihrer im September vorigen Jahres eingereichten Forderungen. Die im April dieses Jahres gewährte Feuerzulage von 10 und 20 Pfennige pro Tag sehen die Versammelten — soweit sie diese bekommen haben — als eine Abschlagszahlung auf ihre Forderungen an und erwarten, daß die Stadtverwaltung nunmehr endlich die Wünsche der Arbeiter einer eingehenden Beratung im Stadtparlament unterzieht. Die Versammelten protestieren ferner gegen jede Beschränkung des gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechtes durch die Unterbeamten. Sie erwarten, daß die Stadtverwaltung ihre Beamten antworte, daß sie das Koalitionsrecht des Arbeiters zu respektieren haben, zumal diese dasselbe Recht für sich in Anspruch nehmen und voll und ganz ausüben. Mit jedem zu Gebote stehenden gesetzlichen Mittel werden die Versammelten ihre Forderungen als auch ihr Koalitionsrecht zu vertreten wissen, bis eine eingehende Revision ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse stattgefunden hat. Die Leitung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Ortsverwaltung Düsseldorf, wird beauftragt, diese Entschließung an den Herrn Oberbürgermeister einzureichen.“ — Hierzu sei noch bemerkt, daß es die Stadtverwaltung für nötig befand, die Versammlung überwachend zu lassen, auch war ein Stenograph zugegen. Den städtischen Arbeitern kann es nur recht sein, wenn sich die Stadtverwaltung ihre Verichte auf diese Art selbst besorgt. Da die Versammlung eine rein gewerkschaftliche war, wird wegen der polizeilichen Überwachung Beschwerde erhoben werden. Zu der Versammlung waren auch die von der 3. Abteilung gewählten Stadtverordneten brieflich eingeladen, die Herren hatten es aber vorgezogen, nicht zu erscheinen.

Großenhain. Schon vor längerer Zeit haben die städtischen Arbeiter Gesuche um Lohnhöhung an den Stadtrat gerichtet. Die Löhne betragen jetzt 28 bis 36 Pf. pro Stunde. Um bescheiden zu sein, wurden 3 bis 4 Pf. pro Stunde mehr verlangt. Der Stadtrat hält es nun nicht einmal der Mühe wert, den Geschäftsleuten eine Antwort zukommen zu lassen. Die Herren denken eben: Keine Antwort ist auch eine Antwort. Diese Nichtachtung müßte selbst dem letzten Arbeiter die Augen öffnen. Anstatt noch oben zu schielen und gut Hündchen zu spielen, wäre es besser, mehr Rückgrat zu zeigen. Die Arbeiter müßten untereinander besser Fühlung nehmen und beherzigen, daß sie sich selbst helfen müssen; nur ein geschlossenes Vorgehen kann zum Ziele führen.

Hamburg. In einer Versammlung der Arbeiter und Handwerker vom Gasneubau und Eisenbahnbau am 18. Mai bei Schmeper, „Beddeler Hof“, kam es beim Bericht des Arbeiterausschusses über die Mitteilungen der Behörde auf einige gestellte Anträge zu recht lebhaften Äußerungen des Unwillens und Protestes. Vor allem war es besonders die Ansicht des Herrn Baurats Hof, wonach die Betriebsleitung ganz allein die Bestimmungen über die Dauer der regelmäßigen Arbeitszeit zu treffen hätte und der Berufung der Arbeiter auf die doch für beide Teile gültige Arbeitsordnung und darin für die Arbeitszeit festgelegten Bestimmungen nicht beigetreten werden könne. Das heißt in verständliches Deutsch übertragen: „Ach was! Arbeitsordnung hin, Arbeitsordnung her; wir machen was uns paßt!“ Nun sind Arbeitsordnungen ja festgesetzte Vorschriften, die nicht nach Willkür geändert werden können und sollen, denn dann wären sie überflüssig, und es sind Vorschriften, die für beide Kontrahenten, den Arbeitgeber oder seinen Vertreter und den Arbeiter bindend sind. Werden nun durch Betriebsverhältnisse oder andere Dinge Änderungen oder Abweichungen von solchen Vorschriften notwendig, so bedarf es doch mindestens einer Verständigung beider Teile. So sieht die Arbeitsordnung z. B. vor, daß sich die Arbeiter bei Tode- und Notarbeiten sowie Unwetter Verschiebung der Arbeitszeiten und Pausen gefallen lassen müssen. Die Notwendigkeit wird von den Arbeitern nicht bestritten. Wogegen sie protestieren, das sind Anordnungen, die mit dem Wort Verschiebung nichts mehr gemein haben. Nach einem Bescheid der Behörde soll die Verschiebung drei Stunden nicht überschreiten. Anfang und Schluß der Arbeitszeit soll sich also innerhalb dieser Toleranzgrenze bewegen. Doch darum kümmert man sich nicht. Einem Mann-

schreiber wurde als Beginn seiner Arbeitszeit, die regelmäßig morgens um 7 Uhr, in Berücksichtigung einer Verschiebung von drei Stunden um 10 Uhr hätte beginnen sollen, einfach die Zeit von nachmittags 5 Uhr vorgeschrieben. Nur dem Umstand, daß er dann kein Geld erhalten hätte — die Lohnzahlung fand nachmittags 3 Uhr statt —, ist es zuzuschreiben, daß er um 2 Uhr nachmittags befreit wurde. Er hat dann bis zum nächsten Tage, einem Sonntag, nachmittags 3 Uhr gearbeitet. Man berechnete ihm jedoch erst von nach 2 Uhr an Überstunden. Ähnlich liegt es auch im folgenden Fall. Bei der verkürzten Arbeitszeit im Winter ist es notwendig, daß ein Mann vor Beginn der Arbeitszeit die Frühstücksbude heizt. Der Betreffende wird aus den Reihen der Arbeiterschaft genommen und leistet infolgedessen eine Überstunde. Diese ist in den meisten Fällen auch bezahlt worden, bis — ja bis wieder ein neues Spargenie aufkaufte. Nun wurde mit einem Male der Frühstücksbudenheizer zum Werkstättenarbeiter umgemodelt. Werkstättenarbeiter haben aber auch im Winter eine gesündigere Arbeitszeit; also hatte auch der Frühstücksbudenheizer nur 10 reine Lohnstunden und nicht mehr 9 und 1 Überstunde zu verlangen. Ergebnis: Ersparung des Überstundenzuschlages. Ob der Frühstücksbudenheizer nun als Werkstättenarbeiter auch Werkstättenarbeiterlohn erhalten wird? Eine schöne Idee des Herrn Bauat ist der von ihm vertretene Grundsatz, daß alle Handwerker gleichen Lohn haben sollen. Er kann, nach mehrfachen Äußerungen seinerseits, nicht begreifen, weshalb ein Holzarbeiter mehr Lohn haben müsse als ein Metallarbeiter. Nun wäre es ja sehr leicht, diesem Uebelstande abzuhelfen und dem von Herrn Hof vertretenen Einheitslohn für Handwerker zur Einführung zu verhelfen, indem die Löhne der Metallarbeiter gleich den Löhnen der Holzarbeiter gestellt würden. Die Metallarbeiter, dessen sind wir sicher, Herr Bauat, werden nicht dagegen protestieren, wenn sie statt 4,60 M. Anfangslohn 5 M. wie die Stellmacher oder 5,20 M. wie die Tischler erhalten. Aber so denkt sich der Herr Bauat die Sache nicht. Umgekehrt ist viel mehr wert! Nicht Einheit durch Ausgleich nach oben, sondern Streichung der höheren Löhne und Übertragung der niedrigeren der Metallarbeiter auf alle Handwerker. Warum dann nicht gleich ganz konsequent die Einführung eines Einheitslohnes für alle staatlichen Arbeiter unter Zugrundelegung des vom Hamburger Staat im Jahre 1911 noch gezahlten Mindestlohnes von sage und schreibe 3,80 M. pro Tag angestrebt? Besser als solchen Gedanken nachzugehen wäre aber auf alle Fälle eine Untersuchung über die Notwendigkeit der fortgesetzten Sonntagsarbeit auf Steinwärdern und Beschäftigung derselben auf die dringlichsten Fälle. Denn am Sonntag soll der Arbeiter ruhen und in der Woche soll man ihm soviel für seine Arbeitsleistung bezahlen, daß er das Zubehörsel für Sonntagsarbeit entbehren kann. Etwas mehr Verständnis für die von der Arbeiterschaft durch den Arbeiterausschuß vorgebrachten Anträge und Wünsche, Ausmerzungen des Herrenstandpunktes in den staatlichen Betrieben, und viele Klagen werden verstummen, ohne daß Hamburg zugrunde geht.

Miel. In der Versammlung vom 19. Mai im Gewerkschaftshaus wurde an Stelle des erkrankten Schriftführers Behrens Kollege H. Lenig gewählt. Zum 8. Gewerkschaftslongrensch wurde als Delegierter O. Heine, Breslau, aufgestellt. Die Wahl findet am 28. Mai, vormittags, im Gewerkschaftshaus statt. Neu angenommen wurden 7 Kollegen. Der 3. Punkt: „Sind wir mit den Anordnungen des Hauptvorstandes einverstanden?“ rief eine lebhafteste Debatte hervor. Scharf kritisiert wurde das Verhalten des Hauptvorstandes bei Neubesetzung vakanter Stellen. Eine Resolution hierzu wurde einstimmig angenommen. Nach einigen internen Angelegenheiten wurde die nur mäßig besuchte Versammlung geschlossen.

Mittweide. Die Mitgliederversammlung vom 19. Mai war gut besucht. Es wurde zunächst über die Eingabe der Bauamtsarbeiter verhandelt. Diese ist am 8. April eingereicht worden, aber, wie es scheint, will man sie verschleppen. Bei der letzten Lohnzahlung nämlich erklärte der Bauinspektor, die Eingabe sei zu spät eingereicht und er glaube, daß die Herren — welche Herren er meinte, sagte er allerdings nicht — die Eingabe wahrscheinlich für erledigt ansehen, weil ja am 1. April erst eine Lohnzulage erfolgt sei. Nun eine Lohnzulage ist ja erfolgt, aber nur einige haben 1 Pf. und nur 4 oder 5 Mann haben 2 Pf. Zulage erhalten. Das ist ja auch nebensächlich, denn die Kollegen fordern in ihrer Eingabe vor allem die Verrückung der eiffigenden Arbeitszeit, allerdings ohne Lohnausfall. Um diesen Kernpunkt ging der Herr Bauinspektor herum. Nun ist es merkwürdig, daß sich das Stadtverordnetenkollegium noch nicht mit der Sache beschäftigt hat, obwohl die Eingabe auch an das Kollegium gerichtet ist. Der in der Versammlung anwesende Stadtverordnete Genosse D. Hermann erklärte, daß er den Stadtrat wegen der Sache interessieren werde. Es wurde ferner eine Kommission gewählt, welche beim Bürgermeister vorstellig werden soll. Hierauf beschloß sich die Versammlung mit der Delegiertenwahl zum Gewerkschaftslongrensch, welche am 28. Mai von 9–11 Uhr vormittags vorgenommen werden soll, ebenso wurde die Wahlkommission gewählt. Ferner beschloß die Versammlung den Anschluß der Filiale an das Gewerkschaftsblatt und wählte dazu zwei Delegierte. Kollege Preißler-Dresden besprach dann die für die Zukunft vor-

liegenden Aufgaben, um auch für die Mittweidaer Kollegen ein einigermaßen befriedigendes Arbeitsverhältnis zu schaffen. Hierzu sei aber treues Festhalten am Verband die oberste Pflicht.

Nürnberg. Eine Waldbersammlung verbunden mit gemeinschaftlichem Ausflug war der agitatorische Versuch, welchen die Filialen Nürnberg, Fürth, Erlangen, Schwabach und Bamberg am 21. Mai unternahmen. Obwohl der Versammlungsort mehrere Stunden von den Filialen entfernt lag, war die Beteiligung eine sehr starke. Von allen Seiten kamen unsere Kollegen, vielfach mit Weib und Kind, herbei geeilt, so daß nicht weniger als 350 Personen unter den Klängen der Musik durch Dorf und Stadt zogen. Zwischen Karloffenstein und Ebersbach im Walde wurde die Versammlung abgehalten. Kollege Behold referierte über „Die Arbeiter in der Natur“. Er führte den Kollegen vor Augen, welch hohen Wert es habe, in die Natur zu gehen, statt in den engen Gassen und Straßen zu verweilen. Seine weiteren Ausführungen huldigten dem Organisationsgedanken. Mit alseitigem Beifall wurde die Veranstaltung aufgenommen.

Wiesbaden. Am 19. Mai fand eine gut besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter statt. Kollege Marole referierte über: „Was bringt den städtischen Arbeitern die neue Lohnordnung?“ Er kam dabei zu dem Ergebnis, daß zwar nicht alles erreicht sei, was gefordert wurde, die Lohnordnung aber einen anerkannt-würdigen Fortschritt enthalte. Eine Anzahl Neuaufnahmen für den Verband war der Erfolg dieser Versammlung.

Wittenberge. In den Vorjahren wurde überall in den Stadtparlamenten die Verrücktheit der Gemeindevorstände erörtert. Auch Wittenberge blieb davon nicht verschont. Dort, wo sich die Stadtverwaltungen den berechtigten Ansprüchen der Beamten gegenüber ablehnend verhielten, griff auf Beschwerde die Regierung ein. Die Gehaltsverhöhungen stießen sich überall auf die ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse. Das kam auch auf der Tagung der Oberbürgermeister und Stadtverordnetenvorsitzer im Dezember 1909 zum Ausdruck. Dort stellte Herr Dr. Wolff, Direktor des statistischen Amtes der Stadt Halle, fest, daß man von einer Kollege der Beamten reden kann, indem die Verhältnisse sich seit der „berühmten“ Gehaltsverhöhung um 30–40 Proz. verschlechterten. Den gleichen Anspruch auf Verrücktheit glaubten auch die städtischen Arbeiter von Wittenberge zu haben. Sie richteten daher am 22. Juni 1910 eine Eingabe an den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung, worin sie um Erlass einer neuen Arbeitsordnung, einheitliche Regelung des Ruhegehalts und der Renteinverfügung, Einführung eines Lohnziffern und eines Gesamtarbeiterausschusses ersuchten. Der damalige Bürgermeister Dr. Best interessierte sich auch für die Eingabe. In einer Unterredung mit dem Vorsitzenden unserer Filiale versprach er, für die Forderungen einzutreten. Dr. Best hat inzwischen Wittenberge verlassen und mit dem neuen Bürgermeister scheint auch ein neuer Geist eingezogen zu sein. Da die Erledigung der Eingabe auf sich warten ließ, ersuchte die Gausleitung am 21. März d. J. den Bürgermeister Dr. Bodsch um Nachricht, wie weit die Verabschiedung der Forderungen geblieben sei. Eine Antwort ist bis zum heutigen Tage noch nicht eingegangen. Am 11. Mai hat sich nun die Stadtverordnetenversammlung mit der Sache beschäftigt. Stadtv. Jander konstatierte dabei, daß trotz aller Zusage immer noch nicht der ortsübliche Tageslohn erreicht wird. Stadtbaumeister Bruns hielt die Löhne aber für angemessen. Daß Kanalarbeiter bis 1300 Mk. in Jahre verdienen, beweist doch gar nichts. Demgegenüber bemerkte der Stadtv. Jander, es müsse auch angegeben werden, daß diese Leute 7 Tage in der Woche arbeiten. Überzeit- und Nachtarbeit sind ebenfalls darin einbezogen. Die Stadtbaumeister Bruns erklärte ferner, daß diese Löhne angemessen seien, ist unerklärlich. Im Voranschlag für den Etat 1911 sind allerdings einige Summen mehr für Arbeitslöhne eingelegt worden. Beim Gaswerk betrug dies mehr für die Betriebsarbeiter 500 Mk., Laternenwärter 80 Mk., bei der Kanalarbeit für die Kanalarbeiter 600 Mk., bei der Schlachthofverwaltung für den Maschinisten, Hallenmeister und Heizer je 50 Mk., bei der Warmbadeanstalt für den Heizer 100 Mk. und bei der Straßenreinigung 500 Mk. Nichts eingestellt war im Etat für die Friedhofsverwaltung, Wasserwerk, Kanalarbeit (Maschinist), für Schlachthofarbeiter, Badewärter und die Arbeiter der Schiebehöhne. Wie sehen nun die wirklich gezahlten Löhne aus: Der Installateur des Wasserwerks erhält 100 Mk. im Monat, bei der Kanalarbeit der Vorarbeiter 3,50 und die Arbeiter 3 Mk., bei der Stadtgärtnerei 2,50 und 3 Mk., bei der Straßenreinigung die Vorarbeiter 2,75 und 3 Mk., Badhofarbeiter 3,50 Mk., beim Gaswerk die Feuerhausearbeiter 3,50 und 3,70 Mk., Arbeiter 3,10 und 3,50 Mk., Handwerker 3,70–4,20 Mk. Können diese Löhne bei der fortwährenden Preissteigerung der Lebensmittel, Kleidung, Miete usw. wirklich als angemessen betrachtet werden? Rein Neusch wird behaupten wollen, daß mit diesem Einkommen, besonders noch bei zahlreicher Familie, allen Anforderungen, die an den Arbeiter und seine Familie gestellt werden, entsprochen werden kann. Da müssen eben Frau und Kinder ums tägliche Brot mitarbeiten. Ein derartiger Standpunkt, wie er in Wittenberge vertreten wird, genügt einer Stadtverwaltung gewiß nicht zum Ruhme.

♦ Aus den deutschen Gewerkschaften ♦

Jahresberichte.

Der Deutsche Bauarbeiterverband veröffentlichte kürzlich die Schlussabrechnung der früheren Verbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter. Ein Blick auf die Entwicklung der beiden alten Verbände eröffnet zugleich einen Einblick in die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung überhaupt. Die Gründung erfolgte im Jahre 1891, in der Zeit tiefgehender wirtschaftlicher Depression, dazu kamen schwere innere Kämpfe um die Form der Organisation, die lange Zeit die Entwicklung hemmten. Zu diesen Widerständen gesellte sich ein erheblich größerer, nämlich, daß die Verbandsangehörigen zum größten Teil der Landbevölkerung entstammten und mehr oder weniger mit dieser in ständiger Verbindung stehen. Den Organisationen gelang es aber in zwei Jahrzehnten bewundernswürdiger Arbeit, diese Widerstände zu meistern und sich zur achtungsfördernden Stärke durchzurufen. Die Entwicklung der Mitgliederzahl und der Vermögensverhältnisse vom Gründungsjahr bis zur Verschmelzung geben von dieser Entwicklung ein interessantes Bild. Die Abrechnung des Maurerverbandes für die erste Periode zeigt, daß in 169 Vereinen 12 300 Mitglieder vorhanden waren und das Verbandsvermögen 2363 Mk. betrug. Der Bauhilfsarbeiterverband konnte am Schlusse des Jahres 1891 nur 27 Vereine und 2563 Mitglieder sein eigen nennen, und der Vermögensstand erreichte die Höhe von 901,04 Mk. Bei der Verschmelzung Ende 1910 betrug die Zahl der Mitglieder im Maurerverband 160 645, im Bauhilfsarbeiterverband 72 203, insgesamt 241 848. Der neue Verband entwickelt sich auch im neuen Jahre kräftig vorwärts. Nach der Auflage der deutschen und fremdsprachlichen Fachorgane der Organisation beträgt die Mitgliederzunahme bis Anfang des 2. Quartals bereits 25 000.

Der Duschbinderverband hatte im Jahre 1910 insgesamt 28 704 Mitglieder. Der Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit brachte für 4719 Arbeiter und Arbeiterinnen eine Arbeitszeitverkürzung von 7943 Stunden pro Woche. An Lohnerhöhungen wurden für 7046 Personen 594 770 Mk. pro Woche erzielt. Durch Abwehrstreiks gelang es, eine Lohnerabsetzung für 133 Personen um 281 Mk. pro Woche zu verhüten. Der Verband ist Tarifkontrahent bei 103 Tarifen, die für 1754 Betriebe mit 23 562 Personen Gültigkeit haben. Für diese wirtschaftlichen Kämpfe hat der Verband rund ¼ Million Mark aufgewandt. Außerdem wurden nahezu 200 000 Mk. an Unterstützungen ausgezahlt. Davon entfielen 100 000 Mk. auf die Unterstützung Arbeitsloser und 70 000 Mark auf Krankenunterstützung.

Der Verband der Fabrikarbeiter hat im verfloffenen Jahre erfreuliche Fortschritte gemacht. Die Zahl der Mitglieder stieg von 141 024 auf 167 007. Von den Mitgliedern waren 20 516 weiblichen Geschlechts. Die Einnahme der Hauptkasse betrug (ohne den Kassenbestand) 3 117 487 Mk., gegen 2 482 598 Mk. im Jahre 1909. Dieser Einnahmewachstum von rund 600 000 Mk. wurde jedoch fast völlig durch die gleichzeitige Steigerung der Unterstützungsansprüche, namentlich der Streikunterstützung, wieder ausgeglichen. Das Gesamtvermögen des Verbandes betrug 2 111 684 Mk. Die Zahl der Lohnbewegungen, die ohne Streik zu Ende geführt werden konnten, betrug 367, die sich auf 503 Betriebe mit 44 708 beschäftigten Personen erstreckten. Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen wurde für 39 072 Personen erreicht. Durch 122 Streiks und Ausperrungen wurde für 3961 Beteiligte Verkürzung der Arbeitszeit und für 8848 Beteiligte Erhöhung der Löhne erreicht. Die Gesamtzahl der vom Verband abgeschlossenen Tarifverträge betrug am Jahreschluss 175. Diese Verträge umfaßten 308 Betriebe mit 20 006 Beschäftigten. Die Entwicklung des Verbandes hält im laufenden Jahre an. Bisher beträgt die Mitgliederzahl circa 180 000.

Der Verband Deutscher Oekonomiegehilfen kann auf eine erfreuliche Entwicklung im abgelaufenen Jahre zurückblicken. Der Verband stieg im Jahre 1910 auf 11 019. Das bedeutet eine Zunahme von 1447 Mitgliedern. Im Berichtsjahre hat der Verband auch den ersten größeren Streik zu verzeichnen, den Streik der Cafékellner in Hamburg, an dem über 300 Personen beteiligt waren. Einnahmen und Ausgaben balancierten mit rund 270 000 Mk. Der Kassenbestand betrug am 31. Dezember 1910 133 566,02 Mk. An Unterstützungen (Kranken-, Reise-, Streik-, Sterbunterstützung, Rechtsschutz usw.) sind insgesamt über 85 000 Mark verausgabt worden.

Der Holzarbeiterverband zählte am Jahreschluss 1910 165 042 Mitglieder, davon waren 5040 weibliche und 613 jugendliche. Das ist gegen das Vorjahr ein Mehr von 13 215 Mitgliedern. Das Vermögen der Hauptkasse stieg im Berichtsjahre von 1 977 235 auf 2 917 132 Mk., also um 939 896 Mk., dazu die Bestände der Gau- und Lokalkassen, ergibt ein Gesamtvermögen von 4 606 117 Mk. Die Streikunterstützung erforderte im Berichtsjahre 905 336 Mk. Das ist gegen das Vorjahr ein Mehr von 331 180 Mark. Als Erfolg der Lohnbewegungen ist zu verzeichnen für 51 161 Personen eine durchschnittliche Arbeitszeitverkürzung von

1,7 Stunden pro Woche und für 87 386 Personen eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 1,84 M. pro Woche.

Der Verband der Schneider kann ebenfalls auf erfreuliche Fortschritte im Jahre 1910 zurückblicken. Die Zahl der männlichen Mitglieder stieg von 31 383 auf 35 490 und die der weiblichen von 6937 auf 8942; die Gesamtmitgliedszahl betrug 44 432. Die Hauptkassse wies ein Vermögen von 542 301 M. auf. Der Verband erreichte eine Erhöhung der Löhne von 30 929 M. für 18 257 Personen pro Woche und eine Verkürzung der Arbeitszeit von 7860 1/4 Stunde pro Woche für 3504 Personen.

Der Verband der Steinarbeiter hat im verflossenen Jahre gute Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 1909 17 095, am 31. Dezember 1910 dagegen 22 416; die Zunahme betrug somit 5321 Mitglieder. Der Kassenbestand in der Hauptkassse betrug 461 050 M., die Lokalkassen verfügten über 167 298 M. Das Tarifwesen ist in der Steinindustrie besonders stark entwickelt. Ende 1910 bestanden 179 Tarife, die in 1158 Verträgen für 15 746 Personen Gültigkeit hatten. — Die Zunahme seit Januar 1911 beträgt bereits 2500.

Der Textilarbeiterverband wies am Schlusse des Jahres ein Vermögen von 910 694 M. auf. Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen fanden im Jahre 1910 insgesamt 210 statt, die sich auf 128 Orte mit 2151 Vertrieben und 90 179 beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen erstreckten. Bei den Bewegungen wurde erreicht: für 14 227 Personen 32 558 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche, für 25 316 Personen 30 444 M. Lohnerhöhung pro Woche, für 18 903 Personen sonstige Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse. Es wurde abgewehrt: für 381 Personen 1049 Stunden Arbeitszeitverlängerung pro Woche, für 910 Personen 1503 M. Lohnreduktion pro Woche, für 1807 Personen sonstige Verschlechterungen. Bei diesen 210 Bewegungen wurden insgesamt 156 Tarife für 5064 Personen abgeschlossen.

Der Transportarbeiterverband steigerte seine Mitgliederzahl im Jahre 1910 durch den am 1. Juli erfolgten Uebertritt der Verbände der Hafenarbeiter und Seelente und Aufnahme neuer Mitglieder von 96 823 auf 152 954. Die Mitgliederzunahme betrug nach Abzug der Uebertritte aus genannten Verbänden 32 615. Insgesamt wurden 806 Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen in 168 Orten geführt. Ohne Arbeitseinstellungen gelangten 593 Bewegungen zur Erledigung. In 192 Fällen kam es zum Streik bzw. zur Aussperrung. Eine Verkürzung der Arbeitszeit setzten 14 160 Beteiligte von insgesamt 63 073 Stunden durch, was pro Woche 4,6 Stunden für den einzelnen Beteiligten ausmacht. Erhöhungen des Lohnes erzielten 38 051 Beteiligte in Höhe von 79 715 M. oder pro Woche 2,09 M. für den Einzelnen. Außer diesen Errungenschaften gelang es noch, für 42 022 Beteiligte sonstige Erfolge zu erzielen, wie: Bezahlung von Ueberstunden, Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit, Gewährung resp. Erhöhung von Jahr-, Fahren- und Tourngeldern, Prozenten, Speisen usw., Gewährung von freien Sonn- resp. Ruhetagen, Ferien usw. Zum Abschluß von Tarifverträgen kam es in 335 Fällen für 25 010 Beteiligte. Insgesamt wurden in 21 Vermittlungsstellen 39 764 Stellen gemeldet. Besetzt wurden 33 885 Stellen gegen 33 860 im Jahre 1909. In Haupt- und Ortskassen war am Jahresluß ein Bestand von insgesamt 1 115 688 Mark vorhanden.

Verbandstage und Kongresse.

Der 7. Verbandstag der Buchdrucker fand in Hannover vom 14. bis 20. Mai d. J. statt. Die Organisation umfaßt mit 62 500 Mitgliedern gegenwärtig circa 99 Prozent aller Verlagsangehörigen und steht damit in der deutschen Gewerkschaftsbewegung als älteste und ausgebaute wohl einzig da. Das Vermögen betrug am 31. März 1911 8,2 Millionen M. Die „christliche“ Gegenorganisation zählt kaum 3000 Mitglieder. Die Frage eines graphischen Industrieverbandes wurde eingehend erörtert und einstweilen als nicht spruchreif zurückgestellt. Besonders eingehend wurden die bevorstehenden Tarifverhandlungen erörtert. Es soll eine Erhöhung des Lohnes, Arbeitszeitverkürzung sowie weitere Einschränkung der Ueberstunden gefordert werden. Die Verhandlungen gestalteten sich diesmal sehr friedlich, da Verleger aus der Mediation ausgeschiedenen und man allgemein mit den Maßnahmen des Verbandsvorstandes einverstanden war. Sämtliche Funktionäre wurden wiedergewählt.

Die 13. Generalversammlung der Maler, Lackierer usw. fand vom 8. bis 13. Mai in München statt. Die Einführung einer Erwerbslosenunterstützung wurde mit 51 gegen 37 Stimmen abgelehnt, da der vorliegende Entwurf nicht befriedigt. Es wurde aber eine Beitragserhöhung von 10 Pf. pro Woche zur Stärkung des Stammpfunds beschlossen. Eine Vorstandesresolution, wonach dem Reichstarif auf zentraler Basis zugestimmt wird, fand Annahme. Die zentralen Verhandlungen werden durch die Bezirksleiter und je einen Vertreter des Vorstandes, des Ausschusses und der Redaktion geführt. Der Hauptvorstand wurde ein Weirat zur Seite gestellt. Die vielmalstrittenen Abmachungen mit der Damburger Lokallorganisation wurden abgelehnt.

Der Zimmererverband hielt seine 10. Generalversammlung vom 3. bis 8. April in Leipzig ab. Redakteur Bring-

mann, der über Tarifverträge referierte, sprach sich im Prinzip für Reichstarife aus, die die Gewerkschaftsbewegung nicht beengen. Das organisierte Bauunternehmertum sei aber bestrebt, aus dem Tarifvertrag ein Instrument der Arbeitgeberorganisation zur Niederhaltung der aufstrebenden Bauarbeiterschaft zu machen. Bevor in Arbeitgeberkreisen dieser Standpunkt nicht ausgegeben werde, könne der Zimmererverband seine Tarifvertragspolitik nicht ändern. Einstimmig fand ein Antrag der Baufachvereine i. d. Elb. Annahme, wonach den örtlichen Organisationen das Selbstbestimmungsrecht über Annahme und Ablehnung der Tarifverträge zusteht und verlangt wird, daß den Bestrebungen, die Tarifverträge zu zentralisieren, scharfer Widerstand entgegenzusetzen sei. Um die vorausichtlich großen Lohnkämpfe des Jahres 1913 ohne fremde Hilfe führen zu können, wurde beschlossen, im Jahre 1911 30 und 1912 40 Wochen lang Extrabeiträge von 15 bis 35 Pf. pro Woche zu erheben. In seinem Referat über Bauarbeiterschaft konstatierte Genosse Heinke, daß für diesen Zweck jetzt mehr getan würde wie früher. Die Zahl der technischen Aufsichtsbeamten ist seit 1900 von 45 auf 113 gestiegen. Die Ausgaben für den Ueberwachungsdienst der Berufsorganisationen stiegen von 138 000 auf 579 000 M. Die Unfallziffern sind aber trotzdem nur wenig gefallen. Die höchste Zahl der Unfälle hat Württemberg aufzuweisen. Bei der Statutenberatung wurde beschlossen: Der Verlag des „Zimmerer“ wird von der Redaktion getrennt und geht auf den Verband über. Als Verleger fungiert der Vorsitzende. Die Selbständigkeit der Redaktionsführung bleibt jedoch gewährleistet.

Rundschau

Für und wider die Blumentage ist in der letzten Zeit viel geschrieben und gesprochen worden. In Berlin ist aus Anlaß des auch dort geplanten Blumentages, zunächst zugunsten der Säuglingspflege und der noch nicht schulpflichtigen Jugend, ein großer Kreis angesehener Männer und Frauen, darunter insbesondere Persönlichkeiten, die in der Wohlfahrtspflege selbst tätig sind, zusammengetreten, um vor den Gefahren, die mit der Veranstaltung derartiger Sammlungen verbunden sind, eindringlich zu warnen. Wir heben aus der Erklärung insbesondere folgende Sätze hervor: „... Solche Veranstaltungen bringen, wie groß auch ihre finanziellen Erfolge sein mögen, doch mehr schädliche als heilsame Wirkungen hervor, denn sie schwächen den Sinn für absichtsvolle und wohlüberlegte Wohlfahrtsarbeit und erschweren die Erziehung der besitzenden und hilfsfähigen Volksklassen zu tieferem Verständnis und ensterner Auffassung unserer sozialen Verhältnisse. Die Wohlfahrtsorganisationen, denen vor allen anderen die Pflicht obliegt, das Gewissen aller Stände gegenüber dem von ihnen erkannten Elend zu wecken und zu schärfen, stellen diese Pflicht zurück, indem sie äußere Anreizungen benützen, um eine Gebelaine anzuregen, die nichts weiß von der Arbeit am Elend selbst; sie helfen dazu, das soziale Verantwortlichkeitsgefühl zu verflachen, anstatt es zu vertiefen. Die der Hilfe Bedürftigen werden durch diese Art der Sammlung verlehrt. Wir sollen ihrer Not mit heiligem Ernst begegnen und die Hilfe, die wir ihnen bringen wollen, nicht von öffentlichen Veranstaltungen abhängig machen, die nicht von solchem Ernst getragen sind. In unserer sozial gerichteten Zeit muß vermieden werden, bei Beschaffung der notwendigen Mittel zu Wohlfahrtszwecken, Vergnügungssucht, Eitelkeit und Ehrgeiz zu wecken oder zu nähren. Es müssen vielmehr Wege gesucht und es können erfahrungsgemäß auch Wege gefunden werden, auf denen ernster Wille gewirkt, gestärkt und zu segensreichen sozialen Taten geführt wird.“

Reisefest und Magistrat. In der letzten Magistratsitzung in München wies Oberbürgermeister Dr. v. Borst auf die Frage der Urlaubsgewährung für städtische Arbeiter am 1. Mai darauf hin, daß zum ersten Male am 8. April 1908 ein Hausenatsbeschluss gefasst wurde, daß der 1. Mai nicht allgemein den städtischen Arbeitern freigegeben werden solle, daß aber jenen Arbeitern, die sich an der Reise beteiligen wollen, davon Mitteilung gemacht werde, daß sie unter Abzug des Lohnes an diesem Tage frei bekommen können. Dieser Beschluss wurde 1909 und 1911 erneuert. In der diesjährigen Reise haben von 3276 städtischen Arbeitern 375 dauernd beschäftigte und versorgungsberechtigte Arbeiter und 510 nicht versorgungsberechtigte städtische Arbeiter teilgenommen. Das hat nun die „Augsburger Postzeitung“ und andere literale Organe aufgebracht und es wurde eine künstliche Hebe über den „sozialdemokratischen Magistrat“ entfacht. Mittlerweile beginnt man sich aber wieder zu beruhigen, nachdem die beiden Frauentürme München bei der Geschichte nicht ins Wadeln gekommen sind — was allerdings verwunderlich bleibt.

Die Verlängerung der Lebensdauer. Die allgemeine Hebung der Lebenshaltung und die Verbesserung der sanitären Verhältnisse haben, wie in allen Kulturstaaten, so auch in Deutschland eine Herabminderung der Sterblichkeit zur Folge gehabt. So entfielen im Deutschen Reich im Jahre 1875 auf je 1000 Lebende 20 Sterbefälle, im Jahre 1885 27, im Jahre 1895 23 und im Jahre 1905 21. Aus diesen Ziffern kann ohne weiteres

geschlossen werden, daß die durchschnittliche Lebensdauer sich verlängert hat. Ein vollständig zuverlässiges Bild über die Sterblichkeitsverhältnisse geben sie indessen nicht, da auch eine Reihe anderer Faktoren, so vor allem die Alterszusammensetzung der Bevölkerung (infolge großer oder geringer Geburtenziffern, Ein- und Auswanderung), die Sterbeziffer beeinflussen. Ein solches Bild ist nur zu gewinnen auf Grund einer sogenannten Absterbeordnung, die unter Berücksichtigung der Sterblichkeitsverhältnisse in den einzelnen Altersklassen feststellt, wie viel von je 1000 Geborenen am Ende des 1., des 2., des 3. Lebensjahres usw. noch leben. Aus den so gewonnenen Ziffern läßt sich dann wieder eine einzige Zahl, die die mittlere Lebensdauer angibt, berechnen. Für Deutschland liegen bis jetzt drei solcher Absterbeordnungen oder Sterbetafeln vor, die eine aus den Sterbeziffern der Jahre 1871/80, die andere aus denen der Jahre 1881/90 und die letzte aus denen der Jahre 1891/1900. Es hat sich daraus eine Verlängerung der Lebensdauer für das männliche Geschlecht von 35,58 Jahren bei der ersten, auf 37,17 bei der zweiten und 40,56 Jahren bei der dritten Sterbetafel ergeben. Für das weibliche Geschlecht lauten die betreffenden Ziffern: 38,45, 40,25 und 43,07. Die durchschnittliche Lebensdauer hat sich also in zwei Jahrzehnten in Deutschland um zirka 5 Jahre für das männliche und 5½ Jahre für das weibliche Geschlecht gehoben. Vergleicht man die Lebenserwartung der deutschen Bevölkerung mit der anderer Kulturvölker, so zeigt es sich, daß nur in Österreich und Italien die durchschnittliche Lebensdauer geringer ist als bei uns. In Belgien und den Niederlanden ist sie um etwa 5 Jahre, in Frankreich und England um 4 Jahre länger als bei uns, während Schweden, das allerdings unter ganz besonders günstigen Bedingungen steht, für das männliche Geschlecht sogar eine Lebensdauer von 50,94 und für das weibliche Geschlecht sogar eine Lebensdauer von 53,63 Jahren aufweist. Die verhältnismäßig kurze durchschnittliche Lebensdauer in Deutschland wird in erster Linie bedingt durch die hohe Säuglingssterblichkeit, in der wir ja fast allen anderen Völkern über sind. Schleicht man die ersten Kinderjahre aus und vergleicht beispielsweise die Lebenserwartung eines zehnjährigen Knaben in den verschiedenen Ländern, so ergibt sich für Deutschland ein Wert von 49,7 Jahren, für England ein solcher von 49,6, für Frankreich von 49,2, für Belgien von 50,3, für die Niederlande von 51,7 und für Schweden von 52,8 Jahren. Die Unterschiede sind hier schon ganz oder fast ganz verschwunden. Endlich kann man auch noch die produktive Lebensdauer in den einzelnen Ländern miteinander vergleichen. Als produktive Jahre werden im allgemeinen die Jahre zwischen dem 15. und 60. Lebensjahre angenommen. Es ist dies die für die Gesellschaft wertvollste Zeit des Individuums. Für Deutschland folgt aus der Absterbeordnung der neunziger Jahre, daß hier der 15 Jahre alt gewordene Knabe durchschnittlich 37,92 Jahre innerhalb der Altersspanne von 15 bis 60 Jahren durchlebt, mit anderen Worten, daß ein Mann im Deutschen Reich 37,92 Jahre produktiv tätig ist. In England beträgt die Zahl 37,91, in Frankreich 37,28, in Belgien 38,00, in Schweden 38,53 und in den Niederlanden 38,65 Jahre. Für das weibliche Geschlecht ergeben sich um ¼ bis ½ Jahre höhere Werte. Nach der Absterbeordnung der hiesigen Jahre war die produktive Lebensdauer des männlichen Geschlechts 36,19 Jahre: sie ist also in zwei Jahrzehnten um 1½ Jahre gewachsen und dürfte im letzten Jahrzehnt sich noch vergrößert haben. Es ist dies nicht nur für das Individuum, sondern auch für die Gesellschaft ein ungeheurer Gewinn: jene 1½ Jahre entsprechen für eine einzige Generation einem Gewinn von rund 2 Millionen Lebens- und Arbeitsjahren.

Einfluß der Wohnung auf die Entwicklung des Kindes. Neben der Ernährung ist die Wohnung auf die Entwicklung des Kindes von einschneidendem Einfluß. Das bestätigen wieder die Untersuchungen, die Dr. Gindes in dem Kinderhospital zu Baku angestellt hat. Als Anzeichen für die Entwicklung des Kindes wurde die Zeit der ersten Zahnung und des Gehens angenommen. Als normal entwickelt wurde dabei das Kind betrachtet, das nicht später als im 7. Monat die ersten Zähne bekam und nicht später als mit einem Jahre zu laufen begann. Bekanntlich wirken die verschiedenen Krankheiten sowie ungünstige Lebensverhältnisse auf den Anfang des Gehens und der Zahnung zurück. Um die Wirkung der Ernährung auszuschalten, wurden nur natürlich ernährte Kinder berücksichtigt. Als Resultat ergab sich, daß bei den jetzigen Wohnungsverhältnissen sich nur ein Drittel der Kinder normal entwickeln, zwei Drittel aber, trotzdem sie mit Frauenmilch ernährt wurden, in der Entwicklung zurückblieben. Aus den Tabellen ergibt sich, daß je mehr Menschen in einem Zimmer wohnen, um so schlechter sich die Kinder entwickeln, und wenn in einem Zimmer mehr als 7 Menschen wohnen, so wird die Entwicklung von vier Fünfteln der Kinder verspätet. In den Fällen, wo auf jeden Menschen ein Zimmer kommt, gibt es keine Kinder, bei denen die Zahnung im ersten Jahr nicht stattgefunden hätte, weiter in den Fällen, wo zwei in einem Zimmer wohnen, nicht später als im zweiten Jahre, aber bei den Kindern, welche zu 3 und noch mehr in einem Zimmer zu leben gezwungen sind, haben fast die Hälfte

im Alter von zwei Jahren noch keine Zähne. Es erwies sich, daß die Dichtigkeit der Bewohner auf die Zahnung und auf den Anfang des Gehens einen gleich nachteiligen Einfluß ausübt. Wenn man annimmt, daß die späte Zahnung und das späte Gehen das Resultat einer sich noch entwickelnden englischen Krankheit sind, so zeigen die Zahlen, daß die Vermehrung der Einwohner eines Zimmers der Gesundheit der Kinder gefährlich ist, und es kann sogar die Ernährung mit Frauenmilch daselbst nicht retten.

◆ Eingegangene Schriften und Bücher ◆

Die Neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag: J. G. B. Dieck Nachf. in Stuttgart. Heft 32 und 33 vom 29. Jahrgang. Preis pro Heft 25 Pf., pro Quartal 3,25 Mk.

Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Herausgeber: Dr. Albert Schäfer. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69. Nr. 19 u. 20. Vierteljährlich nur 3 Mk. Probenummern sind jederzeit kostenlos zu beziehen.

Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Verlag: J. G. B. Dieck Nachf. in Stuttgart. Nr. 17 u. 18 des 21. Jahrg. Preis pro Nummer 10 Pf., pro Quartal 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf., Jahresabonnement 2,60 Mk.

Der Wahre Jakob. Erscheint alle 14 Tage. Verlag J. G. B. Dieck Nachf. in Stuttgart. (Nr. 11.) Preis der Nummer 10 Pf., bei Postbezug pro Quartal 65 Pf.

„An Dichtern fehlt's nicht! weder an alten noch an jungen! ... aber an Menschen, die sich mit ihnen freuen wollen, die mitdichten und mitleiden, was sie machen ...“ so steht im Geleitwort der Nr. 21 der „Zeitschrift“. Und mitzubefolgen diesen Kontakt zwischen den Dichtern und anderen Menschen herzustellen, ist „Die Zeitschrift“, die erste literarische Zeitschrift für das deutsche Volk, bestrebt. Sie bietet dem Volke Schätze aus den Werken seiner Dichter und Denker in einer stets neuartigen und interessanten Auswahl und Zusammenstellung. Der geringe Preis von nur 6 Pf. für das Jahresabonnement und die wöchentlich einmal erscheinende Zeitschrift, nebst den zugehörigen Büchern, macht sie wirklich vielen zugänglich. Nr. 21 bringt wieder einen Beitrag aus dem Zyklus „Die Welt im Volke dichtet“: die Gedichte eines Proletariats von Julius Zerfas, die direkt aus dem Leben schöpfen, ferner eine hübsche, kleine Geschichte von einem Schusterjungen: „Der Lepp von Trudering“ von Walter Eggert-Windel. Interessant sind die Proben aus Traubs Andachtsbüchern über „Naturwissenschaft“, „Geist“, „Volk“, sowie der Artikel „Berner von Siemens als Volkserzieher“, der Auszüge aus einem Vortrage von Siemens enthält. Außer der Romanfortsetzung bringt die Nummer noch reizende Kinderweisheiten, Veröffentlichungen aus dem Prämiensammelalbum „Aus der Kinderwelt“. Die Schallseide enthält alle Handwerkerprüfungen. Der Wegweiser orientiert über die Bücher, aus denen Proben abgedruckt wurden, und über andere. Wir können jedem, der die „Zeitschrift“ noch nicht kennt, nur empfehlen, sich Probenummern kommen zu lassen, die durch die Geschäftsstelle der „Zeitschrift“, München, Kindermarkt 10, gratis und portofrei versandt werden.

Le Traducteur, The Translator, 2 Halbmonatsschriften zum Studium der französischen, englischen und deutschen Sprache. Verlag Chaux-de-Fonds, Schweiz.

◆ Briefkasten ◆

Zur gefälligen Beachtung! Der Pfingstfestes wegen erscheint die nächste Nummer einen Tag später.

H. Nürnberg. Der Konsequenzen halber mußte von ausführlicher Wiedergabe Abstand genommen werden. Denn es gibt eine ganze Anzahl solcher Ausflüge usw.! Frdl. Gruß!

Totenliste des Verbandes.

Carl Herr, Karlsruhe

Strassenbahnarbeiter
† 20. 5. 1911, 45 Jahre alt.

Heinrich Kollshoven, Köln

Schlosser (Strassenbahn)
† 20. 5. 1911, 23 Jahre alt.

Heinr. Schmalfuß, Hamburg

Laternenwärter
† 20. 5. 1911, 48 Jahre alt.

Karl Saumbach, Eisenach

Kanalreiniger (Stadt. Bauamt)
† 22. 5. 1911, 41 Jahre alt.

Frit Döring, Nürnberg

Obergärtner (Stadt. Gartenh.)
† 22. 5. 1911, 64 Jahre alt.

Jacob Reefe, Hamburg

Bauabteilung
† 22. 5. 1911, 62 Jahre alt.

Frit Schade, Berlin

Arbeiter (Bauw. Schmargendorf)
† 22. 5. 1911, 33 Jahre alt.

Albert Schulte, Hensdorf

Zubehälter
† 25. 5. 1911, 63 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!